Angehörigen Info

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

C 10190 17.4.1998 Preis: 3,00 DM 206



Angehörige und FreundInnen der Gefangenen versammeln sich hier vor einem Gefängnis nahe Ankara, um ihre Solidarität zum Ausdruck zu bringen und Informationen einzufordern.

Eva Juhnke, gefangene Internationalistin aus Hamburg, die in Van Prozeß hat, hat sich dem Hungerstreik in Mus angeschlossen. Wir dokumentieren in dieser Ausgabe ihre Prozeßerklärung

Schluß mit Massakern und Isolationsfolter in den Gefängnissen der Türkischen Republik

Solidarität mit den Hungerstreikenden in den Gefängnissen

Wir dokumentieren den Aufruf zu einer Demonstration in Hamburg am 16.4., der die verschiedenen Berichte über die Kämpfe in den Gefängnissen in der Türkei und Kurdistan zusammenfaßt:

Seit dem Sommer letzten Jahres finden in den türkischen Gefängnissen fast ununterbrochen Widerstandsaktionen und Hungerstreiks statt. Seit mehreren Wochen befinden sich die revolutionären Gefangenen in dem E-Typ-Gefängnis in Mus in einem unbefristeten Hungerstreik. 4 kurdische Gefangene und die deutsche Internationalistin Eva Juhnke, die seit fast zwei Monaten isoliert wird, befinden sich in einem sehr gefährlichen gesundheitlichen Zustand. Am Newroztag, dem kurdischen Widerstands- und Neujahrsfest, haben sich in dem Gefängnis von Çanakkale die PKK-Gefangenen Sema Yüce und Fikri Baygeldi verbrannt. Zwei Wochen später zündete der PKK-Gefangene Welat Azad Emirhanoglu seinen Körper an. Fikri Baygeldi protestiert in einem hinterlassenen Brief gegen die barbarischen Praktiken in den Gefängnissen und den Völkermord in Kurdistan. Er fordert alle, die sich Mensch nennen, auf, sich dem Schrei nach Freiheit anzuschließen.

Die revolutionären Gefangenen in den türkischen Gefängnissen sind Teil des Kampfes der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung und der türkischen Revolutionäre. Es ist der Kampf gegen Faschismus, gegen die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, für eine sozialistische, den Menschen achtende Gesellschaft. Das Kampfgebiet der Gefangenen sind die Gefängnisse, die Folterzellen, die Isolationstrakte. Die geringsten Forderungen nach menschenwürdiger Behandlung und Unterbringung erfordern den Einsatz des wertvollsten, was Menschen besitzen, ihr Leben. Viele Kämpfe wurden geführt, Forderungen wurden durchgesetzt. Doch meist, schon nach kurzer Zeit, wurden sie von der türkischen Regierung nicht mehr eingehalten. Daher ist eine der Forderungen der Hungerstreikenden in Mus, die Garantie einer dauerhaften Umsetzung. Zu dieser kann das Regime der türkischen Republik nur durch massiven Druck von innen und außen gezwungen werden. Das ist eine Aufgabe all derer, die sich Mensch nennen.

Neben den Forderungen nach menschenwürdiger Unterbringung und Behandlung richten sich die Aktionen der Gefangenen insbesondere gegen die Bestrebungen der Machthaber in Ankara die Gefangenenkollektive zu zerschlagen und massiv die Isolationshaft auszubauen. An vielen Orten der Türkei und in dem türkisch besetzten Teil Kurdistans werden zur Zeit Isolationstrakte, in der Öffentlichkeit als Todeshäuser bekannt, gebaut. Gefangenenvertreter haben wiederholt erklärt, daß sie eher sterben, als sich in diese Todeszellen sperren zu lassen. Der türkische Staat will die Gefangenenkollektive zerschlagen. Er will die Revolutionärinnen und Revolutionäre in Betonsärgen begraben.

Die Problematik der Isolationshaft steht zur Zeit für die Gefangenen, sowie für deren Anwälte, im Vordergrund. Im Moment versuchen Ärzte, Architekten und Anwälte das Terrain der Isolationsfolter wissenschaftlich zu bearbeiten und eine Öffentlichkeit gegen die für die Türkei neue Foltermethode zu schaffen.

In den USA und in der BRD gibt es langjährige Erfahrungen über die Effektivität der Isolation. Der Mensch, ein gesellschaftliches Wesen wird jeglicher sozialer Kontakte beraubt. Darüber hinaus wird er weitestgehend von allen möglichen Außenreizen abgeschirmt. Diese Methode, als weiße Folter bekannt, wurde zur systematischen Vernichtung von Gefangenen entwickelt. In der BRD wurde sie als er-

stes auf die Gefangenen der RAF angewandt, die sich in vielen Hungerstreiks dagegen zur Wehr setzten. Durch ihren Kampf wurden die Isolation als Folter in der Öffentlichkeit entlarvt. Heute findet in der BRD fast keine öffentliche Auseinandersetzung über diese Folterpraktik statt, obwohl zum Teil immer noch Gefangene der RAF sowie andere Gefangene der Isolationsfolter unterworfen sind.

In der Türkei und in Kurdistan gibt es seit Monaten einen großen Widerstand in den Gefängnissen gegen den Vernichtungswillen des faschistischen Regimes. Dieser Kampf wird weiter anwachsen. Wir rufen zur Solidarität und forderen alle demokratischen und fortschrittlichen Organisationen und Gruppen auf aktiv zu werden.

• gegen die menschenverachtenden Praktiken des türkischen Regimes und die BRD-Unterstützung
• gegen die Isolationsfolter in der Türkei, in der BRD, überall
• Freiheit für die revolutionären Gefangenen

Komitee zur Unterstützung der Samstags-Mütter in der Türkei und Kurdistan in Hamburg. Unterstützerinnen und Unterstützer des Aufrufes: Kurdistan Volkshaus, Volkshaus der Türkei, Kurdistan Solidarität HH., Rote Hilfe HH, Atif, Alevi Kültür evi (Hakevi), Palästina Solidarität, Freiheit jetzt! (für die bedingungslose Freilassung der Gefangenen aus der RAF)

Forderungen der politischen und Kriegsgefangenen des Gefängnisses Mus:

Die Forderungen der Hungerstreikenden richten sich insbesondere gegen die Versuche ds türkischen Regimes, die Isolationshaft massiv auszubauen und an den Gefangenen anzuwenden;

• humanitäre Bedingungen, z.B. ausreichende Beheizung und Warmwasserversorgung der Zellen, Bücher und Zeitungen, Bezugsmöglichkeiten für Lebensmittel
• Angemessene medizinische Versorgung bei akuten und chronischen Erkrankungen
• Kontaktmöglichkeiten aller politischen Gefangenen untereinander
• Gemeinsamer Freigag und Möglichkeiten zu Sport- und Kulturveranstaltungen
• Kein Angriff auf die Angehörigen
• Freier Zugang für Rechtsanwälte
• Keine Folter in Polizeigewahrsam und im Gefängnis
• Keine Mißhandlungen auf dem Transport zur Gerichtsverhandlung
• Garantie einer dauerhaften Anerkennung und Umsetzung der Forderungen

Ein Erfolg in Buca

In Buca haben die Gefangenen durch ihren Widerstand erreicht, daß der Justizminister die Entscheidung, 10 Mitgefangene in die Isolationshaftzellen der Gefängnisse Amasya, Yozgat, Burdur und Nevsehir zurücknehmen mußte. Darüber hinaus setzten sie durch: 1. Die verschleppten Gefangenen werden in Gefängnisse ihrer Wahl gebracht, d.h. in Gefängnisse, die in der Nähe ihrer Heimatorte liegen, so daß Besuche von FreundInnen, Verwandten und Anwälten jederzeit gewährleistet sind. 2. Diese Bestimmung gilt für alle weiteren Verlegungen von verurteilten Gefangenen. 3. Gegen die Gefangenen, die an den Aktionen beteiligt waren, wird es keine Ermittlungsverfahren geben. 4. Gegen den Gefängnisdirektor von Buca sowie den zuständigen Staatsanwaltschaft wird es ein Ermittlungsverfahren geben. *(Nach einer Information des Komitees für Internationale Solidarität (KL))*

Kampagne für einen internationalen Kampftag

Aufruf zur Konferenz „Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!"



Im Dezember '97 fand in Frankfurt eine Veranstaltung mit dem Titel „Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit" statt. Die Initiative Libertad! hatte eingeladen, und es kamen Delegierten und Angehörige von politischen Gefangenen aus dem Baskenland (Gestoras pro Amnistia), Italien (Coordinamento nazionale Mumia Abu-Jamal), Palästina (PFLP), Peru (die Mutter des bei der Botschaftsbesetzung getöteten Nestor Cerpa/MRTA), der Türkei (IHD) und der BRD (die Mutter von Christian Klar, Gefangener aus der RAF) ...

Nach der Veranstaltung diskutierten die Delegierten über den Vorschlag von Libertad!, eine internationale Konferenz gemeinsam vorzubereiten. Libertad! arbeitet seit einigen Jahren daran, mit einer solchen Konferenz eine internationale Vernetzung der Solidaritätsarbeit mit politischen Gefangenen zu erreichen. Ein konkreter Ausdruck einer solchen gemeinsamen Arbeit soll ein „Internationaler Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit" sein.

Die Delegierten begrüßten die Idee ... und versprachen, in den Organisationen, die in ihren Ländern an diesem Thema Interesse haben, für eine praktische und organisatorische Mitarbeit an der Konferenz zu werben. Zur Konferenz werden Organisationen aus aller Welt eingeladen, Delegierten von Befreiungsbewegungen, Solidaritätsorganisationen und Basisgruppen. Einige haben ihre Teilnahme bereits zugesagt, so z.B. die Madres de Plaza del Mayo aus Argentinein und die MLN Tupamaros aus Uruguay.

In der BRD gibt es bereits ein aus mehreren Gruppen bestehendes Organisationskomitee für die Vorbereitung der Konferenz. Dieses hat folgende Konferenzthemen vorgeschlagen:

• Politische und soziale Situation in den Ländern und die Lage der fortschrittlichen und revolutionären Bewegungen
• Situation, Ziele und Kämpfe der politischen Gefangenen und der Solidaritätsarbeit
• Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit und die Umsetzung der Idee eines internationalen Kampftags für die politischen Gefangenen
• Erfahrungsaustausch über Repression und die internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden
• Was sind die Grenzen der Kämpfe im nationalen Rahmen? Wie kann eine internationale Organisierung diese Grenzen im eigenen Land verändern?
• Was bedeutet es für die Linke, daß in den Knästen politische Gefangene aus Bewegungen sitzen, deren Organisationen es nicht mehr gibt oder deren Kämpfe nicht mehr präsent sind?
• Amnestie für politische Gefangene einerseits und Straffreiheit für Folterer anderseits, wie z.B. in Südafrika oder den (Ex-)Diktaturen in Lateinamerika

Diese Themenvorschläge werden zusammen mit den Vorschlägen aus den anderen beteiligten Ländern auf einem Treffen in Italien im März 98 diskutiert. Dort soll auch entschieden werden, wann und wo die geplante Konferenz stattfinden wird. (...)

(Gekürzt. Weitere Informationen bei Libertad!, c/o „3.-Welt"-Haus, Westerbachstr. 47, 60489 Frankfurt a.M., Tel. (0 69) 97 84 34 44, Fax 97 84 34 45, e-mail: Libertad@LINK-Frhein-main.de. Internet: http://www.geocities.com/CapitolHill/Lobby/1981)

Ein Interview mit Angehörigen und einer ehemaligen Gefangenen

„Der erste Schritt, die Freiheit zu erreichen, besteht darin, den Lügen der Herrschenden nicht zu glauben und auch nicht den Jahreszahlen, die sie jetzt beschließen“

Nachfolgend die leicht gekürzte Abschrift einer Radiosendung der Roten Hilfe Karlsruhe anläßlich des bundesweiten Aktionstages für die Freiheit der politischen Gefangenen am 18.3.1998. Die Sendung wurde Anfang März d.J. aufgezeichnet und produziert für alle freien Radios in der BRD.
An ihr nahmen teil:
Christa Klar, die Mutter von Christian Klar; Christa Eckes, ehemalige Gefangene aus der RAF, Mathias Meyers, Ehemann von Heidi Schulz.

Mathias, die erste Frage an dich, wie ist die momentane Situation der politischen Gefangenen hier in der BRD?

Mathias: Ich möchte erst mal eine kleine Vorbemerkung machen und etwas zu uns sagen. Wir arbeiten alle drei, die wir heute hier sind, in der Angehörigengruppe, das ist die Gruppe der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD. Wir freuen uns, daß wir diese Sendung heute mit euch machen können, und wir werden heute von den politischen Gefangenen aus der RAF, die in den BRD-Knästen noch gefangengehalten werden, sprechen. Wir möchten in dieser Sendung aber auch alle anderen politischen Gefangenen der BRD grüßen und insbesondere auch die vielen - mehrere hundert sind das an der Zahl -, die vielen kurdischen politischen Gefangenen und alle anderen Gefangenen in den Knästen, die dort um ihren Würde kämpfen.

Ich möchte nun etwas sagen zu unseren Gefangenen, zu unseren Angehörigen. Ich möchte sie alle nennen, damit man weiß, von wem auch hier heute die Rede sein wird. Wir werden sprechen von Brigitte Mohnhaupt, sie ist in Aichach in Bayern im Knast und zum 2. Mal gefangen, sie ist mittlerweile seit 21 Jahren im Knast; wir werden sprechen von Stephan Wisniewski, er ist in Aachen im Knast und im März sind es 20 Jahre, daß er festgenommen wurde; wir werden sprechen von Rolf Heißler, er ist auch zum 2. Mal inhaftiert und seit insgesamt 21 Jahren gefangen. Zu der Gruppe gehört auch Rolf-Clemens Wagner, er ist in Schwalmstadt und auch in diesem Jahr seit 20 Jahren gefangen. Wir werden sprechen von Sieglinde Hofmann, sie ist in Köln-Ossendorf inhaftiert und wird demnächst 18 Jahre gefangen sein; wir werden sprechen von Christian Klar und von Heidi Schulz. Christian ist in Bruchsal im Knast und Heidi in Köln-Ossendorf und beide seit 15 1/2 Jahren gefangen. Eva Haule ist in Preungesheim und ist seit 11 1/2 Jahren im Knast, und Birgit Hogefeld ist ebenfalls in Preungesheim und seit 4 1/2 Jahren gefangen. Zur aktuellen Situation: Ende Januar wurde Helmut Pohl, der mittlerweile auch seit mehr als 20 Jahren im Knast war, freigelassen, d.h. er hat eine Haftunterbrechung, die endlich erreicht wurde, nachdem wir, die Angehörigen zusammen mit anderen, jahrelang dafür eingetreten sind, daß er aus dem Knast rauskommt, um eine wichtige Operation machen zu können. Er war im Knast schwer erkrankt. Zur Situation gehört, daß das erreicht werden konnte, daß Helmut Ende Januar aus dem Knast rauskam und operiert werden konnte. Zur Situation gehört aber auch, daß das OLG Stuttgart, das zuständig ist für die Haft gegen Christian Klar, aber auch gegen andere Gefangene, jetzt beschlossen hat, daß Christian 26 Jahre im Knast bleiben soll, und die Bundesanwaltschaft (BAW), die Anklagebehörde, hat gerade in den letzten Tagen beantragt, daß Brigitte Mohnhaupt 24 Jahre mindestens inhaftiert werden soll, bevor sie bereit sind, über eine Freilassung zu reden.

Vielleicht gleich eine Frage hinterher: Warum glaubst Du, daß gerade jetzt diese Anträge kommen, also 26 Jahre oder24 Jahre? Das ist ja wohl der Hohn!

Mathias: Das sind alles keine Sachen, die groß an die Öffentlichkeit gebracht werden sollen. Im Dezember, vielleicht ist es einigen Leuten aufgefallen, gab es eine Pressemeldung des gleichen OLG, in der gesagt wurde, man prüfe derzeit die Freilassung von drei Gefangenen, die namentlich genannt wurden, damals Christian Klar, Heidi Schulz und Sieglinde Hofmann. Die Pressemeldung war so formuliert, daß alle Welt glauben sollte, das OLG prüfe, ob sie im Dezember noch oder erst im Januar freigelassen würde, das ist sozusagen die Inszenierung für die Öffentlichkeit. Man versucht gezielt, den Eindruck zu erwecken, als gebe es entweder nur noch ganz wenige Gefangene oder demnächst gar keine mehr, und hinter den Fassaden werden solche Jahreszahlen beschlossen, also 26 Jahre Knast gegen Christian oder 24 gegen Brigitte. Das ist ein Ausdruck davon, daß der Staat und die politische Justiz in diesem Land gewillt sind, ein gewisses Kontingent an politischen Gefangenen als Geiseln weiter gefangen zu halten.

Wie ist die aktuelle Situation deines Sohnes, von Christian Klar?

Christel: An seinem Beispiel möchte ich es noch etwas ausführlicher machen, was Mathias zu Anfang gesagt hat. Er ist, wie er schon sagte, seit 16 1/2 Jahren in Haft, davon etwa 7 Jahre in Isolationshaft. Es gab totale Isolation, zuerst in Straubing, danach viele Jahre in Stammheim, erst seit 1989 ist Christian in Bruchsal. Erst kürzlich hat ein Gericht eine Mindeststrafdauer - Betonung Mindeststrafdauer - von 26 Jahren festgeschrieben. Bis heute noch wird eine Reihe von Maßnahmen aus der Zeit der Isolationsfolter weiterhin angewandt. Noch immer ist er in einer Scherheitszelle, hat starke Beschränkung bei der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen mit anderen Gefangenen. Es gibt weiterhin Kontrolle der Besucher, Kontrolle von Post, Zeitungen, er hat keinen Einkauf, nach wie vor besteht das Verbot, ein Fernstudium zu machen. Der Antrag des Anwalts auf Mehrfachanrechnung der Haftzeit, in anderen Ländern ist es bei besonders schweren Haftbedingungen üblich und auch schon sogar hier in Deutschland praktiziert worden, wurde bei ihm abgelehnt bzw. gar nicht mal zur Kenntnis genommen. Man hat sogar sein Interview mit der Süddeutschen Zeitung zu seinem Nachteil ausgelegt. Ich rate an der Stelle, es daraufhin noch mal zu lesen (siehe auch Angehörigen Info Nr. 194 - d.Red.). Da wird einem einiges klar. Übrigens, Anwaltbesuche sind nach wie vor mit Trennscheibe. Fazit: Es geht alles in strammer Konfrontation durch den Staat weiter und ist eigentlich nur ein Spiegelbild dessen, was analog ja auch draußen sich abspielt. Nach wie vor Dressur, die zur totalen Aufgabe der Persönlichkeit, vor allem auch der politischen Identität führen soll.

Warum bist du der Meinung, warum jetzt diese 26 Jahre, 26 Jahre heißt nicht, sie lassen ihn nach 26 Jahren raus, sondern wollen dann erst darüber diskutieren, ob sie ihn überhaupt rauslassen.

Christel: Ich sagte schon, das ist eigentlich ein Spiegel dessen, was hier draußen auch ⇝

passiert. Man führt die strenge Masche, und bei den Gefangenen geht es am einfachsten. Es geschieht hinter Gefängnismauern, wenig wird davon bekannt, das meiste soll ohnehin nicht rausdringen. Übrigens, die Gefangenenzeitung in Bruchsal ist auch abgeschafft, aus der man von den anderen Gefangenen ein wenig erfahren konnte.

Christa: Ich will daran anknüpfen, was Christel vorhin gesagt hat, als du nach einer Erklärung für die 26 Jahre gefragt hast. Es ist ganz klar, das ist Ausdruck einer Rachejustiz, und zwar ist es ein Apparat, der nicht eher Ruhe gibt, bis er alles, was sich regt, niedergemacht hat, bis er sich alles untergeordnet hat. Daß er nicht das Ziel erreicht, das ist immer eine Frage des Widerstandes, aber das ist Intention dieses Apparates, und da kennen sie auch keine Grenzen, darüber muß man sich klar sein. Man muß auch in diesen 25 Jahren noch sehen: Sie sind einerseits direkt gerichtet gegen die, die es gewagt haben, gegen diesen Staat aufzustehen, gegen ein tödliches System für die Mehrheit der Menschheit. Es ist gleichzeitig aber auch ein Signal an alle, an euch alle, die ihr jetzt aufsteht und euch jetzt darüber klar seid, daß ihr die Verhältnisse nicht so hinnehmen wollt, an euch alle ist es gerichtet: Wagt es nicht.

Christel: Wenn ich mal was dazwischen sagen kann: Solche Maßnahmen, wie der Staat sie jetzt anwendet, waren in der Geschichte schon immer sehr dumm und haben immer zu Mißerfolgen geführt. Aber vielleicht haben die Herren ihre Geschichtsbücher nicht richtig gelesen.

Mathias, vielleicht kannst du noch etwas zu Heidis aktueller Situation sagen?

Mathias: Seit Anfang der 90er Jahre, seit 8, 9 Jahren also sind wir schon darum bemüht, Heidis Situation dadurch zu verändern, daß wir darum gekämpft haben, daß Vertrauensärzte/innen zu ihr rein können. Das ist bis inklusive 1995 mehr oder weniger verhindert worden, z.T. hat es über ein Jahr gedauert von der Antragstellung bis zur Beantwortung des Antrages - und diese bestand dann meist in der Absage. Das war bei ganz vielen Sachen so, unsere Sendezeit reicht nicht aus, das alles hier zu dokumentieren, das war über viele Jahre ein systematischer Einsatz einer Strategie, die - ja - den Körper gezielt angreifen sollte, die körperliche Gesundheit gezielt angreifen sollte. Wir haben eine Chronologie zusammengestellt mit dem Titel „Haft bis zur völligen physischen Desintegration". Christa hat eben dargestellt, daß auch der Körper, die körperliche Verfassung gezielt angegriffen wird, um die politische Identität der Gefangenen zu zerstören. Es ist bei Heidi aktuell so, daß auch ein Verfahren zur Feststellung der Mindesthaftzeit läuft. Die BAW hat 18 Jahre Haft gegen sie beantragt. Ein Beschluß ist noch nicht gefaßt. Es gibt ärztlich Gutachten der Vertrauensärzte/innen, die wir durchgesetzt haben. Diese Gutachten werden beim OLG eingereicht, und danach wird das Gericht dann auch bei Heidi einen Beschluß fassen über die sog. Mindesthaftzeit. Wir werden uns nicht an diesem Beschluß orientieren! Wir werden, wie bei den anderen Gefangenen auch, nicht die Jahre zählen, bis sie rauskommen sollen, sondern wir werden, was Heidi betrifft und alle anderen Gefangenen, dabei bleiben zu fordern und dafür einzutreten und zu kämpfen, daß sie jetzt rauskommen!



Christel: Ja, was Mathias gesagt hat, daß wir nicht die Jahre zählen, sondern versuchen, daß sie bald rauskommen, jetzt gleich und sofort. Das ist das Thema der Angehörigengruppe. Heidis Mutter und ich sind schon seit 21 Jahren dabei, Brigittes Mutter etwas länger. (Anmerkung: In der Angehörigengruppe sind jetzt außerdem: Martha Barabaß, Erna Wagner, Brigitte Kiener (Schwester von Eva), Elisabeth Haule und Gila Pohl.) In all den Jahren haben wir nicht nur uns gegenseitig gestützt, wir sind ja auch in der gleichen Lage, haben immer wieder Verständnis füreinander gehabt, und wir haben auch etwas getan. Wir haben nicht rumgesessen und uns und die Angehörigen bedauert. Wir haben einiges getan, das ist auch bekannt geworden. Das waren mal Demos, das waren Eingaben, das waren Kundgebungen und Besetzungen. Auch da ist die Zeit zu kurz, das alles aufzuzählen. Auf jeden Fall sind wir bis heute dabei und bleiben auch, solange es unsere Kräfte erlauben. Natürlich sind wir alle über 20 Jahre älter geworden, und das ist inzwischen manchmal ein leichtes Hindernis geworden.

Kannst Du uns vielleicht ein Beispiel von Repressionen gegen die Angehörigengruppe nennen?

Christa: Es hat Unmengen von Verfahren auch gegen die Angehörigen gegeben, nur haben wir uns nie einschüchtern lassen! Es hat eigentlich nie eine Rolle gespielt, sagen wir mal in der Auseinandersetzung miteinander, in der Überlegung, was zu tun ist. Es war da, und jede Mutter und jeder Vater, der sich eingesetzt hat, jede Schwester und Bruder und Ehepartner, alle mußten sich damit auseinandersetzen, das wurde auch immer sehr solidarisch miteinander gemacht. Aber die Gruppe hat sich nie davon bestimmen lassen. Das finde ich auch eine der stärksten Erfahrungen, ich kann mich erinnern, in den 80er Jahren haben sich oft auch andere politische Gruppen daran aufgerichtet, weil sie das so erlebt haben, diesen Mut, sich überhaupt nicht ins Bockshorn jagen und abbringen zu lassen von dem Ziel durch diese staatliche Repression, die da war. Die bei jedem da ist, der sich nicht unterordnet, das ist klar!

Ich will noch mal kurz was zur Roten Hilfe sagen. Die Rote Hilfe ist eine proletarische Gefangenenhilfs- und -schutzorganisation, die bundesweit mittlerweile über 3.000 Mitglieder verfügt, und es werden stetig mehr. Wer mehr über uns wissen will, sich in den verschiedenen Städten, kann in die Buchläden oder Infoläden gehen, da wird unsere Zeitung ausliegen. Dort kriegt ihr auch mehr Informationen. Der Bundesvorstand der Roten Hilfe ist in Kiel. Ihr könnt euch auch in Buchläden über uns informieren. Ihr könnt euch aber auch an Radio Querfund wenden, wenn ihr das wollt. Ja, und ihr könnt das Angehörigen Info, das ist die Zeitung, die die Angehörigengruppe herausgibt, auch in den meisten Infoläden bekommen.

Christa: Die Auseinandersetzung mit den Gefangenen ist sehr reduziert. Das ist klar, einfach durch die Bedingungen, daß Kontakte zu Menschen draußen sehr reduziert, sehr kontrolliert sind und daß sich auch die Situation insgesamt in der Linken weitgehend geändert hat. Aber wichtig ist mir auch, was ich vorhin gesagt habe, daß auch das, was gegen die Gefangenen passiert ist,

wie das von dieser Rachejustiz geprägt ist, daß auch das, was da vorgeht, einen direkten Bezug zu dem hat, was in der gesamten Gesellschaft vorgeht. Ich will dazu auch was von Christian zitieren. Er hat einen Brief geschrieben über den Knast Bruchsal, den ich aber jetzt nicht als ganzen vorlesen will. Aber dieses Zitat, und dazu können wir dann noch ein paar Worte sagen. Und zwar sagt er: „Der Bezug des Gefängnissystems auf die Gesellschaft ist ganz direkt. Gleichzeitig aber wirkt dieser Bezug im allgemeinen indirekt, unterschwellig, verdrängt. Das ist die simple Technik der Mauer und der langen Zeiten, die einen Bereich aus der Wahrnehmung rausnimmt. Die Mauern verbergen die Gefangenen vor der Wahrnehmung draußen, und sie verbergen auch die Vollzugsfürsten, die schwarzen Magier der Umerziehung und Paranoiker der Sicherheit und ihr Handeln. Deshalb ist es die Aufgabe, das Verdrängte an die Oberfläche und ins Bewußtsein zu holen, was nur politisch geht. Die ganzen Hilfsbrücken wie pseudosensibles Nachempfinden der Details der Haftbedingung oder das Nachsinnen, es könnte auch irgendwann auch einen selbst treffen, oder Betreuermentalität sind für nichts gut. Es geht nur politisch." Ja, das finde ich ein sehr wichtiges Zitat. Ich meine, es ist einfach eine Sache der Auseinandersetzung damit, weil es eine Tatsache ist, vor der viele stehen, die Feststellung, die Schwierigkeit, sich in Bezug zu setzen, die eben diese zeitliche Dimension zum Hintergrund hat, und die faktischen Mauern, aber auch die Bewußtseinsmauern, eben das Verdrängen, was nahegelegt wird, und die aber auch eine Auseinandersetzung fordert mit der Gesamtheit der Gesellschaft ebenso wie mit der Verfolgung der Flüchtlinge, wie mit der Verfolgung der Kurden, um zwei Beispiele zu nennen, eben auch die Situation der Gefangenen und das, was in den Gefängnissen abgeht, sich bewußt zu machen. Das geht nicht, ohne darum zu kämpfen. Das fällt einem nicht zu. Das ist nichts, was einem nachgetragen wird oder emotional überkommt, sondern das ist wirklich eine Frage der politischen Auseinandersetzung damit. Das meine ich, es als Problem zu erkennen oder als eine Tatsache, daß diese Auseinandersetzung notwendig ist, und auch selbst darum zu kämpfen. Das wollte ich weitergeben an alle, weil es notwendig ist, um diese Wand, diese Mauer, die der Staat aufrichtet, zu durchbrechen. Soweit erst mal dazu.

Jetzt zur alles entscheidenden Frage: Wie kriegen wir die Genossen raus, also, wie schaffen wir es, daß sie rauskommen?

Mathias: Ich möchte dazu erst mal was sagen, und zwar glaube ich, der erste Schritt, die Freiheit zu erreichen, besteht darin, den Lügen der Herrschenden nicht zu glauben und auch nicht den Jahreszahlen, die sie jetzt beschließen. Also, wir haben darüber gesprochen. 26 Jahre gegen Christian, 24 Jahre Haft wollen sie gegen Brigitte durchsetzen. Der erste Schritt besteht darin, nicht auf diese Zahlen zu stieren und zu denken, das ist jetzt so und da führt nichts mehr dran vorbei. Wer es innerlich akzeptiert, die Verhältnisse, so wie sie sind, der kann auch schlecht dagegen angehen. Christel hat vorhin was gesagt: Die Geschichte der Angehörigengruppe ist die Geschichte von vielen öffentlichen Aktionen und Demonstrationen. Ich denken, wir sind heute insgesamt zu schwach, um große Demonstrationen zu veranstalten, aber ich glaube, daß es trotzdem wichtig ist, überall dort, wo Menschen selber nachdenken, sie zu sammeln und sie auch anzusprechen, die selber noch was wollen hier, die selber für andere Verhältnisse eintreten. Ich glaube, ein wichtiger Schritt ist, immer und überall über die Situation der Gefangenen zu informieren und z.B. auch uns Angehörige oder ehemalige Gefangene einzuladen zu Veranstaltungen oder anderen Zusammenkünften, wo es um die Situation der Gefangenen geht, aber auch um die eigene Situation: Wie erlebt man selbst die Wirklichkeit hier und heute. Ich glaube, ein wichtiger Punkt besteht darin, was ich zuerst gesagt habe, die Verhältnisse innerlich nicht zu akzeptieren. Ich will vielleicht ein Beispiel nennen, das mir selbst auch viel Mut gemacht hat. Viele werden die Situation kennen von Mumia Abu-Jamal. Bisher konnten alle Pläne der US-Justiz, ihn umzubringen, durchkreuzt werden. Es wird immer wieder darauf ankommen, neu zu mobilisieren, um sein Leben zu retten. Aber daß wir es bis heute erreicht haben, daß sie ihn noch nicht haben ermorden können, ist für mich selbst ein sehr gutes Beispiel dafür, daß es sich lohnt zu kämpfen und daß Ziele auch erreicht werden können, selbst in Zeiten wie heute, wo die Macht mit ganz großen Stiefeln auftritt und meint, alles zertreten zu können. Aber das hängt sehr stark von jedem und jeder einzelnen ab.

Literaturvorschläge:

Pieter H. Bakker Schut, *Stammheim, Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung*, Neuer Malik Verlag, Kiel

Pieter H. Bakker Schut, *das info, briefe von gefangenen aus der raf, aus der diskussion 1973-1977*, Neuer Malik Verlag, Kiel

Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriff ins Verteidigungsrecht. Hrsg. von Bernhard Rambert, Ralf Binswanger, Pieter H. Bakker Schut. Neuauflage im Verlag Rote Säge, Falckensteinstr. 46, 10997 Berlin. Vertrieb: Buchservice Mitte, Rungestr. 20, 10179 Berlin. Tel. (030) 27 56 01 06, Fax: 275 51 43

RAF - Das war für uns Befreiung. Oliver Tolmein. Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke. Konkret Literatur Verlag

Angehörigen Info. Hrsg. Von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD. Erscheint im GNN-Verlag (Adresse S. 16)

Zu den Machenschaften des Staatsschutzes

Prozeßerklärung von Monika Haas

Der vom 5. Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt geführte Prozeß gegen mich währt nunmehr seit fast zwei Jahren. Der Vorwurf der Anklage, ich hätte im Oktober 1977 die Waffen für die Entführung der Lufthansamaschine Landshut nach Palma de Mallorca gebracht, datiert bereits aus dem Herbst 1980. Laut Akten hat eine anonyme Quelle - geführt vom Bundeskriminalamt - diese Behauptung damals in die Welt gesetzt. Welche Interessen und - verbunden damit - welcher Personenkreis hinter diesem Vorwurf steckt, ist für mich die Frage, die ich seit 1992 versuche zu klären.

Während meiner Inhaftierung bin ich diesen Fragen intensiv anhand der Akten nachgegangen. Ich wußte, daß es um ein Konstrukt gegen mich ging. Es war nicht das erste, allerdings das für mich folgenschwerste. Nach meiner Entlassung aus der Untersuchungshaft im März 1997 konnte ich meine Recherchen über die Akten hinaus ausweiten. Ich habe seitdem viele Gespräche mit - ich nenne sie mal Zeitzeugen - geführt und dabei mehr über die Hintergründe erfahren, als ich zu hoffen gewagt habe. Allerdings hat mich das Ausmaß der gegen mich gerichteten Machenschaften des Bundeskriminalamtes und der Bundesanwaltschaft noch im Nachhinein zutiefst erschreckt.

Die erste Frage für mich war: Gab es die Quelle überhaupt, und wenn ja, wer verbirgt sich dahinter?

Kurz nach meiner Entlassung aus der Untersuchungshaft am 19. März 1997 bekam ich unerwartet einen vertraulichen Hinweis, dem ich dann intensiv nachgegangen bin.

Mir wurde gesagt, daß Khaled Jihad - ein Palästinenser und Mitglied der PFLP-SC - mit der Anklage gegen mich im Zusammenhang stehen würde und daß er für Drogen, die er vom BKA erhält, alles macht, was von ihm verlangt wird.

Den ersten konkreten Hinweis auf Khaled Jihad gab es bereits 1992 in dem Buch „Die RAF-Stasi-Connection". Diese Veröffentlichung beinhaltet im wesentlichen eine Zusammenfassung der Aussageprotokolle der →

sogenannten DDR-RAF-Aussteiger. Auf Seite 147 wird von den Autoren Müller und Kanonenberg ein Szenario beschrieben, wie es ihrer Meinung nach zum Fahndungserfolg in Paris gegen die RAF kam. Dort wurden in der Rue Flatters im Mai 1980 fünf Mitglieder der RAF und der Bewegung 2. Juni verhaftet.

„Bis heute machen die bundesdeutschen Ermittler ein großes Geheimnis aus der Frage, wie auf diese konspirative Wohnung gestoßen sind. Top-secret. Doch vom Himmel fällt ihr Wissen nicht. Eher weht es aus der Wüste herüber: Der entscheidende Tip kommt aus ‚palästinensischen Zusammenhängen.' Im Klartext: Jemand hat die Wohnung verpfiffen. Inge Viett hat eine gute Freundin im Nahen Osten: die ‚Schöne Frau'. Doch das Leben ist hart dort, denn die Tage in der Wüste sind lang und vor allen Dingen langweilig. Da freut sich jeder über eine Bekannte, mit der man mal das eine oder andere Wort wechseln kann, um sich ein wenig Kurzweil zu verschaffen. Wenn diese Person dann auch noch der eigenen Muttersprache mächtig ist, vereinfacht dies die Sache ungemein: Weil der Informationsaustausch sehr schnell und vor allen Dingen ohne Mißverständnisse vonstatten geht. Die ‚Schöne Frau' hat eine solche Bekannte und diese wiederum ist ebenfalls mit einem Palästinenser liiert. Und dieser ist als Quelle für einen bundesdeutschen Geheimdienst tätig. So ein Zufall."

Soweit das Zitat aus dem vorgenannten Buch. Palästinenser aus den Reihen der PFLP, die mit einer deutschen Frau liiert waren, gab es nicht viele. Deshalb war es nicht schwer zu erraten, auf wen diese Anspielung zutreffen sollte.

Die Beziehungen, die Müller und Kanonenberg herstellen, sind eine Fiktion. Ich kannte weder Inge Viett, noch hatte ich in Aden die von den Autoren erwähnte deutsche Freundin. Von daher hielt ich zuerst die gesamte Passage für völlig aus der Luft gegriffen.

Allerdings gab es bereits 1980 in verschiedenen deutschen Zeitungen und auch im Spiegel konkrete Aussagen darüber, daß die Wohnung in der Rue Flatters aus Palästinenserkreisen verraten worden war. Und noch ein weiterer Fahndungserfolg hatte den Verdacht erregt, daß es im Nahen Osten eine Person gäbe, die Informationen an westliche Behörden liefert. So wurden zwei getrennt reise Gruppen von Mitgliedern der spanischen ETA bei ihrer Ankunft in Europa an den Zielflughäfen bereits erwartet und festgenommen, als sie von einer Reise aus dem Jemen eintrafen. Solche Erfolge machen mißtrauisch und haben die betroffenen Gruppen zu intensiven Nachforschungen nach dem Verräter veranlaßt. Grund genug für das BKA - denn nicht beim BND sondern beim BKA wurde die Quelle geführt -, eine falsche Spur zu legen, damit ihr Mann nicht vorzeitig enttarnt wird. Er war der große Hoffnungsträger für das Bundeskriminalamt, der ihnen auch weiterhin zu Fahndungserfolgen verhelfen sollte.



Das BKA lenkte den Verdacht gezielt auf mich. Ich wurde faktisch als „Schutzschild" für ihren Agenten mißbraucht. Ein skrupelloses Unternehmen, denn dieser Verdacht hat mich mehr als nur einmal in Lebensgefahr gebracht. Es war denkbar einfach: Nach den Vorgängen in Nairobi war das Mißtrauen gegen mich in Palästinenserkreisen bereits vorhanden, darauf ließ sich hervorragend aufbauen. Es konnte immer unterstellt werden, ich hätte mein Wissen von meinem Mann und würde es weitergeben. Diese Rechnung ging - bis in die jüngste Vergangenheit - voll auf.

Um den Verdacht auf mich zu lenken, wurden u.a. die Kontakte zur Abteilung XXII des MfS genutzt. Zwischen den Ermittlern im Bereich „Terrorismus" in West und Ost gab es zahlreiche Verknüpfungen. So verfügte die Stasi stets über die neusten Fahndungsunterlagen der Abteilung TE des Bundeskriminalamtes. Das haben inzwischen mehrere Aussagen sowohl von ehemaligen Mitarbeitern des MfS als auch Aussagen von früheren RAF-Mitgliedern bestätigt. Ein weiteres Indiz für den regen Austausch von Informationen ist, daß die exakten Hinweise, die die bundesdeutschen Ermittler in bezug auf die in der DDR lebenden RAF-Aussteiger bekamen, der Stasi ebenfalls rasch bekannt wurden. Die sofortige Umsiedlung war dann die Folge.

Die Lektüre des Magazins „Der Spiegel" aus dem Jahre 1980 offenbart einen weiteren Weg, wie das BKA seinerzeit über entsprechende Kontakte den Verdacht des Verrats gezielt auf mich lenkte. Seit 1979/80 gab es Treffen zwischen BKA-Beamten und dem von Arafat beauftragten Abu Roal. Diese Arbeitskontakte zwischen dem BKA und der PLO-Sicherheit waren ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Die PLO war hauptsächlich daran interessiert, den Aufenthaltsort einer gewissen Erika Chambers zu erfahren, die sie in Düsseldorf wähnten. Frau Chambers wurde verdächtigt, dem israelischen Geheimdienst Mossad beim tödlichen Attentat auf Ali Hassan Salameh (ein enger Freund von Arafat) in Beirut geholfen zu haben. Auch über diese Verbindung lancierte das BKA verdeckte Andeutungen, ich sei die Verräterin aus den Reihen der PFLP.

Inwieweit auch der österreichische Botschaft Dr. Amry in diese gezielte Desinformation eingespannt war, ist wohl nicht mehr zu klären, er informierte angeblich Abu Ayad (ebenfalls PLO-Sicherheit) darüber, daß ein Verräter innerhalb der PFLP Informationen an die französische Botschaft in Aden gegen finanzielle Gegenleistungen weiterleitet. Auf Grundlage diese Information wären, laut Amry, die fünf BRD-Terroristen in Paris verhaftet worden.

Das gesamte Konglomerat findet sich im Operativvorgang „Wolf" wieder: ein Desinformationsaustausch, wo jeder seinen Interessen gemäß sein eigenes Süppchen köchelt.

Gerade weil die Hinweise aus verschiedenen Richtungen auf mich fokussiert wurden, war sich die PLO so sicher, in mir die Verräterin sehen zu können. Das ergibt sich auch aus einem mir zugegangenen Gesprächsvermerk des MfS vom 7. November 1981 über „ein 4-Augen-Gespräch" zwischen Oberst Harry Dahl und Abu Ayad, dem Sicherheitschef der PLO. Geführt wurde dieses Gespräch am Rande eines Palästina-Kongresses, der am 5. November 1981 in Ost-Berlin stattfand. Ich zitiere:

„Mit Abu Ayad wurde dann über den Verratsfall Haas, Monika gesprochen. Genosse Abu Ayad ist dafür, die Haas zu liquidieren. Einer sofortigen Realisierung eines solchen Vorhabens stehen jedoch Absichten der PLO in bezug auf die Einbeziehung der Gruppe Abu Mohamed entgegen.

Durch Gen. Ayad persönlich wird seit ca. 7 Monaten versucht, diese Gruppe an die PLO zu binden. Trotz großer anfänglicher Schwierigkeiten ist es jetzt gelungen, zum Leiter der Gruppe Abu Mohamed ein gewisses Vertrauensverhältnis herzustellen. Da aber Abu Mohamed und der Ehemann der Haas, Saki Helou, eng befreundet sind, möchte die PLO-Sicherheit derzeitig nichts unternehmen, was dieses sich entwickelnde Vertrauensverhältnis zu Abu Mohamed stören könnte.

Es ist daher vorgesehen, daß Abu Ayad mit Abu Mohamed spricht und ihn bewegt, Einfluß auf Saki Helou zu nehmen, sich von der ..." (Anm.: Das Folgende ist geschwärzt. Wahrscheinlich heißt es an dieser Stelle „Haas zu trennen" - es gab mehrere Versuche von Abu Mohamed, meinen Mann zu einer Trennung zu bewegen.) „Bleiben diese Bestrebungen ergebnislos, wird Abu Ayad veranlassen, daß die Haas im März 82 durch einen Autounfall liquidiert wird."

Im März 1982 habe ich endgültig meinen Mann verlassen und verdanke möglicherweise dieser Entscheidung mein Leben.

Meine Einschätzung in der Prozeßerklärung vom 31. Oktober 1996, die im wesentlichen auf meinem intensiven Aktenstudium basierte, war zwar nicht falsch, jedoch verkürzt. Damals hatte ich noch ausschließlich das MfS für die gezielt gestreuten Gerüchte verantwortlich gemacht. Wie eng verwoben und verflochten diese ganzen geheimdienstlich operierenden Institutionen waren und sind, hat sich für mich erst im Laufe meiner Recherchen des vergangenen Jahres herauskristallisiert. Ein Zusammenspiel,

welches längst noch nicht in seinem ganzen Ausmaß offen geworden ist. Zudem konnte die Rolle des Bundeskriminalamtes in diesem schmutzigen Geschäft von der Bundesanwaltschaft weitgehend durch Aktenmanipulation verschleiert werden.

Zurück zu Khaled Jihad. Ich kenne ihn seit 1976. Er war oft in Aden und hat während dieser Aufenthalte viel mit meinem Sohn unternommen. Bereits nach der Lektüre des Buches RAF-Stasi-Connection habe ich darüber nachgedacht, ob er wirklich so weit gegangen ist, Leute zu verkaufen. Damals habe ich mich aber nicht weiter um diesen Passus im Buch gekümmert, wohl auch, weil ich es zuerst nicht glauben wollte.

Nach den mir im Frühjahr 97 bekannt gewordenen Informationen habe ich mich bemüht herauszufinden, ob es für Khaled Jihad die Möglichkeit gab, die Wohnung in der Rue Flatters zu verraten. Meine Recherchen ergaben: Er war in Aden zu dem Zeitpunkt, als die Mitglieder der ETA nach Europa zurückkehrten, und er war in Paris zum Zeitpunkt der Verhaftungen. Er hat sich dort mehrmals mit später festgenommenen Frauen getroffen. Das letzte Treffen fand zwei Tage vor den Verhaftungen in der Rue Flatters statt. Offensichtlich wurden diese Treffen so lange arrangiert, bis man zur Wohnung in der Rue Flatters folgen konnte.

Zu meiner eigenen Überraschung bekam ich diese Informationen noch einmal von ganz anderer Seite bestätigt. Bei einem Besuch beim SPIEGEL in Hamburg hatte ich u.a. ein längeres Gespräch mit Herrn Latsch. Im Laufe des Gespräches fragte er mich, ob ich denn wisse, wer die anonyme Quelle sei, die 1980 behauptet habe, ich hätte die Waffen nach Mallorca transportiert. Auf meine Antwort, daß vieles auf die Stasi deute, korrigierte er mich und eröffnete mir: Ein Palästinenser namens Khaled Jihad hätte seit 1979 eine Menge hochgehen lassen, u.a. die Rue Flatters sowie ETA-Mitglieder, also all das, was man mir danach in die Schuhe geschoben hatte.

Zweifel darüber, ob Khaled Jihad mit dem BKA zusammengearbeitet hat, waren damit für mich völlig ausgeräumt. Ob er auch die anonyme Quelle ist - was naheliegend ist, falls es überhaupt eine solche gab - und wenn ja, wieso er mir einen Waffentransport anhängt, war und ist damit aber noch nicht beantwortet. Wenn er die Quelle ist, stellt sich als erstes die Frage: War das eine Idee von ihm, oder wurde ihm vom BKA diese Belastung souffliert? Fest steht jedenfalls die weitere Entwicklung, und die spricht für die zweite Variante.

Noch bevor ich im November 1980 meine Rückkehr offiziell machte, indem ich mich in Hamburg polizeilich anmeldete, wurden die Aktivitäten der Staatsschutzbehörden gegen mich in Gang gesetzt. Herr Pfaff - er war damals zuständiger Staatsanwaltschaft bei der Bundesanwaltschaft - kann über diese Hintergründe umfassend Auskunft geben. Meine Reise nach Europa war ersichtlich vor meiner Ankunft in der BRD durchgesickert. Der Informationsfluß lief über das Ministerium für Staatssicherheit. Die Stasi kannte seit Mai/Juni 1980 meine Reisepläne, da ich in der DDR-Botschaft in Aden vergeblich versucht hatte, ein Visum für eine Reise nach Ost-Berlin zu bekommen. Auch die Tatsache, daß ich danach ein Visum von der Botschaft der CSSR in Aden erhielt, dürfte der Stasi nicht verborgen geblieben sein. Die Folgen habe ich bereits in meiner Erklärung am 31. Oktober 1996 auf Seite 27 ausführlich dargelegt.

Die Hoffnungen auf weitere Fahndungserfolge, die Khaled Jihad geweckt hatte, konnten bereits Ende 1980 nicht mehr so richtig erfüllt werden. Er geriet zu diesem Zeitpunkt unter Druck, da die PFLP seinen exzessiven Alkohol- und Drogenkonsum nicht länger tolerierte. Zum Bruch mit der PFLP kam es, weil sie ihm die Ehe mit seiner deutschen Freundin, die nach ihrer Entlassung aus der Haft im Oktober 1980 nach Beirut gezogen war, verbieten wollte. Inwieweit Khaled Jihad auch zu einer Zusammenarbeit erpreßt wurde, kann ich nicht sagen. Ich weiß allerdings, daß er vom BKA für den Mann gehalten wird, den Hans-Joachim Klein in seinem Buch „Rückkehr in die Menschlichkeit" erwähnte. Demnach war er der zweite Mann beim Anschlag 1975 auf die OPEC in Wien, der das Kommando führen sollte, falls Carlos bei der „Operation" etwas zustieße.

Fahndungserfolge, wie die der Rue Flatters, waren also wieder in weite Ferne gerückt. Nun sollte ich dem BKA dazu verhelfen. Was dann kam, ist hier schon weitgehend erörtert worden. Der Brief, den ich am 27. Juni 1981 vor meiner Tür in Hamburg vorfand, offenbart den Plan der Behörden:

„Uns interessieren weniger das Camp und SC, vielmehr der ‚Opiumschädel' (Brigitte!)"

Ich sollte ihnen also Brigitte Mohnhaupt in eine Falle locken. In meiner Angst habe ich damals nicht viel begriffen, aber ich wußte, ich hatte ein Problem, und es gab mehrere Möglichkeiten, wer dahinterstecken konnte. Ich sollte ja schon einmal eine Frau ans Messer liefern - 1976 in Nairobi wurde das ebenfalls von mir verlangt - und die Anspielung auf Nairobi in dem Brief war auch das, was ich sofort erkennen konnte. Der Kölner Verfassungsschutz jedoch, der mir diesen Brief vor die Tür gelegt hatte, war damals für mich weder der erste noch der zweite Gedanke hinsichtlich der Frage, wer sich hinter dem Drohbrief verbergen könnte.

Der Plan, mich zu einer Mitarbeit zu zwingen, war gut durchdacht. Ich war verantwortlich für drei Kinder, das jüngste gerade mal drei Monate alt. Außerdem war bekannt, daß es für mich eine politische Distanz zu bewaffnet kämpfenden Gruppen gab, ich mich mit dieser Form der politischen Auseinandersetzung schon lange nicht mehr identifizierte. Trotzdem wurde Nairobi allein als Druckmittel wohl nicht für ausreichend befunden, denn in dem besagten Brief gab es schon damals eine Anspielung auf den Waffentransport. Ich konnte erkennen, daß es um mehr als nur Nairobi ging, das war's aber auch schon. Alles weitere ist bekannt. Nachdem mir der polizeiliche Schutz verweigert wurde, zog ich es vor, die BRD etwas schneller als geplant zu verlassen.

Hätte ich eine Vorstellung davon gehabt, um welche Anspielung es da ging, wäre ich mit Sicherheit nicht zehn Monate später - diesmal endgültig -, in die BRD zurückgekehrt, sonder hätte erst einmal von Beirut aus versucht, die Vorwürfe zu klären. Damals gab es die ärztlichen Unterlagen über die Krankheit meiner Tochter ja noch. Wie gesagt, wenn ich eine Vorstellung gehabt hätte.

Das BKA hat nach meiner Rückkehr 1982 weiter versucht, mich zu einer Mitarbeit zu bewegen. Diesmal jedoch etwas vorsichtiger in Gestalt eines Nachrichtenhändlers namens Peter Lieven. Nach mehreren erfolglosen Interventionen ließen die Versuche allerdings nach. Besonders nach meinem Attentat auf meinen Mann war dann erst mal einige Jahre Ruhe.

Dies wurde erst wieder 1989 unterbrochen, als es plötzlich in der BILD-Zeitung hieß, ich hätte den Sprengstoff für das „Herrhausen-Attentat" von Syrien aus in die BRD gebracht. Irgend etwas war also wieder einmal in Vorbereitung. Ähnlich wie manche Firmen sich ihre MitarbeiterInnen auf Abruf halten, wurde ich zu einer Art „Verdächtigen auf Abruf" für die Bundesanwaltschaft.

Was immer auch geplant war, es wurde wegen den Verhaftungen der sogenannten DDR-RAF-Aussteiger offenbar zurückgestellt. Erst nachdem ersichtlich war, daß die Aussagen dieser neugewonnenen Kronzeugen nichts für einen von der Bundesanwaltschaft geplanten Prozeß gegen Brigitte Mohnhaupt hergaben, wurde sich meiner wieder erinnert. Wieder wurde die Konstruktion des Waffentransports gegen mich als Druckmittel eingesetzt.

Am 18. Januar 1996, zu Prozeßbeginn, habe ich gesagt, die Anklage der Bundesanwaltschaft sei das Ergebnis einer sechzehnjährigen Kette geheimdienstlicher Verfolgungen. Jetzt sind noch zwei Jahre dazugekommen. Inzwischen geht es hier nur noch um die Legitimation des ganzen Aufwandes, der nunmehr seit 1992 verstärkt betrieben wird. Der skandalöse Hintergrund soll möglichst mit meiner Verurteilung aus der Welt geschaffen werden. Dazu ist jedes Mittel recht.

Doch Pläne verlaufen selten planmäßig, infolgedessen ist hier vieles deutlich sichtbar aus dem Ruder gelaufen. Eine „Belastung" nach der anderen mußte hektisch produziert und nachgeschoben werden, inzwischen paßt so gut wie nichts mehr zusammen.

(Aus Platzgründen veröffentlichen wir eine gekürzte Fassung)

Die nächsten Prozeßtermine:

Montag, 20.4., 13.30 Uhr
Donnerstag, 23.4., 10.15 Uhr
Montag, 4.5., 13.00 Uhr

Ein Rückblick auf den Aktionstag

An diesem 18. März fanden zum dritten Mal in vielen Städten Veranstaltungen und Aktionen zum Tag der politischen Gefangenen unter dem Motto „Solidarität heißt Widerstand gegen staatliche Unterdrückung" statt. Im folgenden dokumentieren wir Berichte über einige der Veranstaltungen und Aktionen ... Außer diesen Aktionen gab es eine Sonderbeilage der jungenWelt und Extraausgabe der Rote-Hilfe-Zeitung zum 18. März mit verschiedenen an den Vorbereitungen des diesjährigen 18. März beteiligten Gruppen, die hoffentlich eine weite Verbreitung gefunden hat ... (OG Kiel der Roten Hilfe)

Berlin

Podiumsveranstaltung: Am 16. März fand im Mehringhof eine Podiumsdiskussion der Roten Hilfe Berlin statt. Das Motto der Veranstaltung war „Vorwärts und vergessen - Siegerjustiz, kein Thema für die Linke?" Als ReferentInnen nahmen Nina Hager, Uwe-Jens Heuer und Erich Selbmann teil. Ziel der Diskussion war es, sich über die Solidarität innerhalb der Linken mit politisch Verfolgten, am Beispiel der Siegerjustiz gegen DDR-VerantwortungsträgerInnen, zu verständigen. Die OG Berlin wollte damit auch gerade die Linken ansprechen, für die es problematisch oder unmöglich ist, für diese Verfolgten Solidarität zu üben. Anwesend waren ca. 30 BesucherInnen. Die Meinungen im Publikum gingen in der lebhaften Diskussion nicht sehr weit auseinander. Gemeinsamer Nenner der Anwesenden war es, die politische Solidarität mit den Opfern der Siegerjustiz zu unterstützen. Grundsätzlich andere Positionen zum Umgang mit dem Thema waren nicht vertreten. Festzustellen bleibt für die OrganisatorInnen, daß die Zielsetzung der Veranstaltung nicht erreicht werden konnte. Es stellt sich die Frage, in welchen Formen die Diskussion über die Unterstützung verfolgter DDR-FunktionsträgerInnen tatsächlich führbar ist.

Demonstration: Am 18.3. fand um 18 Uhr eine Demonstration in Berlin-Moabit unter dem Motto „Kampf der Klassenjustiz" statt. Die von der Roten Hilfe Berlin zusammen mit anderen Gruppen organisierte Knastdemo zum Tag der politischen Gefangenen führte vom Gefängnis Moabit zum Abschiebeknast in der Kruppstraße. Etwa 250 TeilnehmerInnen zogen nach starken Vorkontrollen am Platz der Auftaktkundgebung weitgehend unbehelligt von der Polizei durch den Stadtteil Moabit. Bei den Personenkontrollen vor Beginn wurden drei Jugendliche festgenommen, aber bald darauf wieder freigelassen. *(OG Berlin)*

Öffentlichkeitsaktion: In diesem Jahr wurde ein großer Rummel um die bürgerliche Revolution von 1848 gemacht. In Berlin veranstaltete ein grünennahes Spektrum einen Marsch zu den historischen Stätten der Revolution von vor 150 Jahren quer durch die Stadt. Der Platz vor dem Brandenburger Tor wurde symbolisch in Platz des 18. März umbenannt. Auch einige Burschenschaftler liefen im Zug unbehelligt mit. Einige GenossInnen nutzten diese Aktion, um den 18. März als Tag der politischen Gefangenen in der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Ein großes Transparent mit dem Motto „18. März - Tag der politischen Gefangenen" führte den Zug zeitweise an. Flugblätter wurden verteilt, und für die zahlreich erschienen MedienvertreterInnen wurden Pressemappen bereitgehalten. Wider Erwarten gab es keine Versuche, die Öffentlichkeitsarbeit zu unterbinden. Es gab keine Reaktionen, auch nicht von der Presse am nächsten Tag. In vielen Zeitungen wurde der grüne Gedenkmarsch für die bürgerliche Revolution mit Text und Fotos gewürdigt. Von der Aktion kein Wort.

Frankfurt

An zahlreichen In- und Ausfahrtstraßen der Stadt Frankfurt wurden Transparente und Plakate aufgehängt, um auf die Lage politischer Gefangener hinzuweisen. Exemplarisch:

PETRA ELSER: Heute entscheidet ein französisches Sondergericht, ob die Frankfurterin und ehemalige Aktivistin gegen die Startbahn-West, Petra Elser, aufgrund des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der baskischen Befreiungsorganisation ETA an Spanien ausgeliefert wird: *Freiheit für Petra Elser und alle politischen Gefangenen in den Knästen Spaniens!*

MUMIA ABU JAMAL: Der afroamerikanische Journalist und ehemalige Black Panther Aktivist wird weiterhin mit der Todesstrafe bedroht. Mumia Abu Jamal ist im Hungerstreik. Gemeinsam mit weiteren zum Tode verurteilten Gefangenen im Todestrakt des Green March Gefängnisses gegen die verschärfte Zensur und Besuchsüberwachung: *Freiheit für Mumia Abu Jamal und alle politischen Gefangenen in den US-amerikanischen Gefängnissen! Stopp der Todesstrafe!*

LEYLA ZANA - Die kurdische Politikerin wurde trotz internationaler Proteste zu 15 Jahren Haft in der Türkei verurteilt: *Freiheit für Leyla Zana und alle politischen Gefangenen in der Türkei!* *(Initiativkreis Libertad!)*

Heidelberg

Unsere OG beteiligte sich bereits in der Vorbereitung zu diesem bundesweiten Aktionstag durch die regelmäßige Teilnahme an den bundesweiten Vorbereitungstreffen. Hier waren in diesem Jahr erstmalig mehrheitlich Rote Hilfe Gruppen aktiv, die somit an eine Tradition der 20er und 30er Jahre anknüpften, als der Internationale Solidaritätstag mit den politischen Gefangenen von der Internationalen Roten Hilfe durchgeführt wurde. An der in diesem Zusammenhang erschienen Zeitung, die sowohl als Beilage in der jungen Welt, wie auch als Handzeitung verbreitet wurde (Auflage 25.000! St.),konnten wir uns mit einem Beitrag zu Mumia Abu-Jamal beteiligen und vor allem kam der Lay-Outer der Zeitung ebenfalls aus unseren Reihen. Das er seine Sache sehr gut gemacht hat, wie viele Reaktionen gezeigt haben, sei hier nur am Rande in aller Bescheidenheit erwähnt.

Die eigentlichen Aktivitäten zum 18.3.98 begannen bereits am 16.3.98 mit einer Film-



und Informationsveranstaltung zu Mumia Abu-Jamal. Zu der Veranstaltung mit dem Titel „Für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal" kamen 35 interessierte Personen. Im Anschluß an den Film „Hinter diesen Mauern. Mumia Abu-Jamal und der lange Kampf um Freiheit" wurde über die aktuelle Situation von MAJ informiert und über den aktuellen Stand des Verfahrens berichtet. Die Veranstaltung stand u.a. auch im Zeichen der Tagesaktualität, da sich Mumia an diesem Tag einem Hungerstreik von 30 Todesstrafengefangenen in SCI-Green, Pennsylvania angeschlossen hatte. Am 20.03.98 wurde der HS nach Zugeständnissen der Knastleitung mehr oder weniger erfolgreich beendet.

Der Tag der Solidarität mit den politischen Gefangenen am 18.03.98 wurde mit Transparentaktionen an Autobahnbrücken eröffnet (Bild). Zur Rush hour wurden die AutofahrerInnen mit der Parole „Solidarität mit allen politischen Gefangenen" begrüßt. Am Nachmittag wurden in der Fußgängerzone ein Infostand und eine Flugblattaktion durchgeführt. Das Flugblatt beschäftigte sich mit den Gefangenen aus der RAF und Mumia Abu-Jamal.

Die Abendveranstaltung mit einem Einleitungsbeitrag zur Geschichte des 18.März und mit Christa Eckes (ehemalige Gefangene aus der RAF) sowie Christa Klar (Mutter von Christian Klar) war mit über 80 Leuten sehr gut besucht. Es entwickelte sich im Verlauf der Veranstaltung eine intensive und rege Diskussion, die einige BesucherInnen veranlaßte, im Anschluß einen spontanen Besuch mit kurzen Begrüßungs- und Solidaritätsbeiträgen am Knast in Bruchsal (dort ist u.a. Christian Klar festgehalten) durchzuführen. Ca. ein Dutzend Menschen beschlossen einen insgesamt erfolgreichen und für alle Beteiligten mobilisierenden Aktionstag mit diesem Akt praktischer Solidarität.

Der positive Verlauf des diesjährigen 18.3. kam auch durch die tatkräftige Unterstützung von Autonomen Zentrum, Infoladen Moskito und Autonomer Antifa zustande.

Die veranstaltenden Gruppen - Infobüro für die Freiheit der politischen Gefangenen und Rote Hilfe OG Heidelberg - sehen im Ergebnis diesen Jahres eine weitere Steigerung der Akzeptanz des 18.3. als bundesweitem Solidaritätstag und als einen weiteren erfolgreichen Schritt, den 18.3. fest als Solidaritätstag im Bewußtsein der Linken zu verankern. *(OG Heidelberg, Rote Hilfe)*

Kiel

In Kiel fand eine Veranstaltung zu Mumia Abu Jamal statt. Der Film „Hinter diesen Mauern" wurde gezeigt und über die aktuelle Situation im Stand des Verfahrens und zum Hungerstreiks der Todesstrafengefangenen im Knast SCI Green, in dem Mumia Abu Jamal sitzt, berichtet. Es waren zwar nicht so fürchterlich viele Leute da (gut 20), dafür finden dann hoffentlich auch in Kiel bald wieder ein paar Soli-Aktionen für Mumia statt. *(OG Kiel)*

Magdeburg

Nachmittags fand eine Kundgebung vorm Hauptbahnhof statt, an der ca. 80 Personen teilnahmen. Es gab Infostände, Musik, Trommeln, Feuerspucken und verschiedene Redebeiträge zu politischen Gefangenen.

Abends gab es eine Veranstaltung zur Situation kurdischer Gefangener in der BRD und zur Geschichte der Kriminalisierung der kurdischen Bewegung mit einer Referentin von AZADI, die leider mit nur 13 TeilnehmerInnen sehr schlecht besucht war. *(Kurdistan Solidarität Magdeburg)*

Mainz/Wiesbaden

Knapp 40 Personen versammelten sich in Mainz zu der Veranstaltung „Alle müssen raus". Wie die drei an der Durchführung der Veranstaltung beteiligten Gruppen eine solidarische Qualität in ihrer Zusammenarbeit voranbringen wollten, so sollte mit der Veranstaltung selber ein Anstoß gesetzt werden zur wachen Auseinandersetzung mit der Politik von drei unterschiedlichen sozialistisch-kommunistischen Kampfansätzen: der historischen RAF, der historischen Behauptung der DDR als antikapitalistisches und antifaschistisches Projekt und des kurdischen Befreiungskampfes. Er ist in besonderer Weise mit den Macht- und Interessenformationen konfrontiert, die die neue Weltordnung auch im Nahen und Mittleren Osten durchzusetzen versuchen.

Nicht nur wegen und über die Repression gegen Beteiligte und UnterstützerInnen aller drei Kampfansätze, sondern vor allem über Fortbestehen von Grund und Anlaß wird die Aktualität von Zielen und Kampfperspektiven deutlich. Die greifbare Ohnmacht der revolutionär gesinnten Linken in der BRD unter - auch weltweit verschlechterten Bedingungen - verlangt um so mehr, alles an die eigene Mobilisierung und Organisierung zu setzen. „Es liegt an uns!" - so endete der gemeinsam verfaßte Einleitungsbeitrag der VeranstalterInnen - ob Strukturen des Gegengedenkens und Gegenhandelns entstehen, aufgebaut oder stärker werden, um punktuell als Gegenmacht zu wirken, und ob die Gefangenen als Teil des Kampfes und als Niederschlag dauerhaft langlebiger und über den eigenen ideologisch-strategischen Ansatz hinausgreifender Solidarität einbezogen sind. Es liegt an den knapp 40 in Mainz und an einigen Abwesenden, an den 39 und einigen Abwesenden in X und an den 79 plus Y in Z. *(Kommunistische Hilfe Wiesbaden)*

Memmingen

Wir haben die Berliner Postkarten vom letzten Jahr neu gestaltet, mit dem Text auf der Rückseite, und die ca. 500 Stücke eingeworfen, zusätzlich noch den Aufruf vom 18.3. von Libertad! an mehreren Stellen hinterlegt. (PAULA)

Nürnberg

In Nürnberg fand dieses Jahr zum 18. März ein Aktionstag in der Innenstadt teil, der von der Roten Hilfe zusammen mit dem Infobüro organisiert wurde. Das angekündigte Straßentheater aus München ließ uns leider kurzfristig im Stich, und so griffen wir auf die üblichen bewährten Ausdrucksformen linker Politik zurück. Es gab einen Büchertisch und Stelltafeln zur Situation und der Kämpfe von Gefangenen in der BRD, Türkei/Kurdistan, Euskadi, USA, Mexiko und Peru sowie zu Abschiebungsgefangenen hier. Außerdem wurde in kurzen Redebeiträgen immer wieder auf die Situation der Gefangenen in diesen und anderen Ländern hingewiesen. Ein Genosse trug dazwischen mit der Gitarre revolutionäre Lieder vor. Auf einem großen Transparent wurde die Freiheit der Gefangenen aus der RAF gefordert. Das Interesse der PassantInnen war mäßig, aber ab und zu blieben auch Leute stehen und betrachteten die Stelltafeln. Leider gilt dies auch für die Beteiligung aus der linken Szene (von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen) während der drei Stunden. Im Vorfeld sendete Radio Z Auszüge aus der von der Roten Hilfe Karlsruhe produzierten Interviewsendung zum 18. März zusammen mit einem Interview mit einem Vertreter der örtlichen Roten Hilfe. *(OG Nürnberg)*

Antifaschisten im Knast

Jaschbo + Richard müssen raus!

Am 18.3. wurden Jaschbo und Richard in Friedrichshain/Lichtenberg (zusammen mit anderen) verhaftet. Ihnen wird die Beteiligung an einem Angriff auf das „Café Germania", einem Treffpunkt der Faschisten, vorgeworfen. Nach ihrer Verhaftung wurden sie vermummt den Faschisten gegenübergestellt und angeblich wiedererkannt. Die Anklagepunkte gegen sie lauten: „Besonders schwerer Landfriedensbruch", „Körperverletzung" und „Sachbeschädigung". Am Donnerstag, den 26.3., hatte Jaschbo den ersten Haftprüfungstermin. Obwohl solche Termine unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, kamen viele Leute in der Hoffnung, mit Jaschbo zusammen diesen ekelhaften Ort verlassen zu können. Der Richter hätte Jaschbo gegen Meldeauflagen und einer Kaution von 7.500 DM erst mal rausgelassen. Daraufhin legte Staatsanwalt Feuerberg Beschwerde ein. Jetzt geht die ganze Sache zum Landgericht, d.h. für Jaschbo noch mindestens 1-2 Wochen Knast. Der Haftprüfungstermin für Richard steht noch aus. Sollte Jaschbo rauskommen, würde auch Richard erst einmal entlassen. Allerdings ist Jaschbo den Organen als politisch aktiver Mensch bekannt, und bei Richard als Nichtdeutschem greifen die hinlänglich bekannten rassistischen Vorurteile der Justiz. Am 30.3. fand eine Knastdemo zur Unterstützung der beiden statt. *(Nach einem Flugblatt)*

Siegerjustiz schlägt zu

DDR-Juristin auf offener Straße verhaftet

Am Freitag, den 27.3., wurde die 72jährige DDR-Juristin Gerda Klabuhn auf der Straße verhaftet. Sie ist zu einem Jahr und neun Monaten Haft verurteilt. Ein Strafantrittsbescheid war ihr nicht zugegangen. So hätte nach der Strafprozeßordnung die zuständige Staatsanwaltschaft nur dann einen Vorführungs- oder Haftbefehl erlassen dürfen, wenn sie trotz Ladung sich nicht zum Strafantritt stellt bzw. flüchtig ist. Beides war nicht der Fall. Trotzdem ist sie weiterhin in Haft.

Gerda Klabuhn, die sich erst wenige Wochen zuvor einer Augenoperation unterstellt hatte, ist herzkrank. Ihr wurde verwehrt, ihre Medikamente aus der nahegelegenen Wohnung zu holen, die Medikamente wurden ihr fünf Tage lang verweigert.

Die Verhaftete ist die erste Frau, die aufgrund eines juristisch haltlosen, dennoch vom Bundesgerichtshof bestätigten Urteils des Landgerichts Berlin wegen angeblicher Rechtsbeugung hinter Gittern muß.

Ihre Adresse lautet:
Gerda Klabuhn,
Alfredstr. 15,
10365 Berlin

Kriminalisierung wird verschärft

Erneut Haftstrafe für Totalverweigerer

Das Amtsgericht Darmstadt verurteilte am 24. März den Totalen Kriegsdienstverweigerer Sven Hartjenstein zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung. Für die Hauptverhandlung benötigte Richter Dähner gerade 45 Minuten. Svens Versuche, seine Entscheidung zu begründen und die zivil-militärische Zusammenarbeit im Kriegsfall darzustellen, wurden vom Gericht gezielt gestört und behindert. Die Staatsanwältin forderte aus Gründen der „Individual- und Generalprävention" sechs Monate Haft. Richter Dähner schloß sich dem mit der Begründung an, Sven sei „ein Überzeugungstäter" und die „Sozialprognose" negativ. Sven Hartjenstein hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Im Vorfeld der Verhandlung war es der DFG/VK gelungen, durch eine Pressemitteilung den Hessischen Rundfunk einzuschalten. Er sendete kurz nach Beendigung des Prozesses einen Beitrag im Hörfunkprogramm über Sven. *Torsten Froese, DFG/VK FfM (Quelle: CL-Netz).*

❑

Jahrestag der Stürmung der

Wie wir hörten, konnten ca. 20 Gefangene aus dem in Urwald gelegenen Gefängnis Chanchamoyo fliehen. Dabei soll es sich überwiegend um Inhaftierte aus der MRTA handeln.

Der Europasprecher der MRTA, Isaac Velazco, sagte in einem längeren Interview in der Zeitschrift „*ak*" (April 1998):

„Offensichtlich hat die peruanische Regierung ein ernstes Problem. Denn durch die Aktion in der japanischen Botschaft sind die Anklagen gegen das Fujimori-Regime weltweit und auch bei den Vereinten Nationen bekannt geworden. Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat jetzt - nach fast fünf Jahren - eine Resolution verabschiedet, in der im Fall des Genossen Victor Polay Campos gefordert wird, den Gefangenen Polay entweder freizulassen oder ihm einen neuen, öffentlichen Prozeß zu machen. Victor Polay war seinerzeit von einem Militärgericht mit ‚Richtern ohne Gesicht' verurteilt worden, ohne ordentlichen Prozeß, ohne Recht auf Verteidigung und begleitet von permanenter physischer und psychischer Folter. Dieser Fall wäre ein Präzedenzfall und verstärkt zugleich den Druck auf die Regierung, denn alle gefangenen Mitglieder des MRTA und auch andere politische Gefangene wurden unter vergleichbaren Bedingungen verurteilt. Die Regierung Fujimori verletzt seit jeher - und ohne auf nennenswerten internationalen Widerstand zu stoßen - all die Abkommen, die sie selbst unterzeichnet und ratifiziert hat: die allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Genfer Konvention mit den Zusatzprotokollen. Das könnte jetzt wie ein Bumerang auf das Regime zurückfallen, und deshalb braucht die Regierung eine schnelle und drastische Lösung des Problems. Und diese Lösung könnte die physische Auslöschung der politischen Gefangenen sein. Das Militär hat ja bereits Erfahrung mit dieser Art von Drecksarbeit. In den Gefängnissen Perus wurden 1984, 1985, 1986 und 1992 politische Gefangene umgebracht, das sollten wir nicht vergessen. Höhepunkt dieser Liquidationswelle war die Ermordung von mehr als 350 politischen Gefangenen im Jahre 1986.

Wir veröffentlichen im folgenden einen Text des revolutionären Gefangenenkollektivs Wotta Sitta (Italien),

Ein Text von Wotta Sitta

Zur Bedeutung des Kampfes in der Botschaft

1. Genau vor einem Jahr haben die Militanten der MRTA die japanische Botschaft in Lima angegriffen, wobei sie einen großen Teil der nationalen und internationalen Elite - die politischen und finanziellen Machthaber - gefangen nahmen, welche auf grausame Art und Weise das Proletariat und das peruanische Volk ausbeutet. Das Ziel dieses Angriffs wurde sofort mitgeteilt:

Das Schweigen brechen bezüglich der verübten Greueltaten von seiten des peruanischen Staates, der gegen die Kriegsgefangenen mit Folter, totaler Isolation und „Vernichtungstrakten" vorgeht, mit Gewaltausübung und Vergewaltigung der Gefangenen, die in den Gefängnissen voneinander getrennt wurden.

Die Befreiung der Kriegsgefangenen der MRTA

Seit Beginn hat dieser Kampf die Aufmerksamkeit und die Anteilnahme jedes Proletariers, jedes Revolutionärs auf der ganzen Welt fokussiert, aufgrund des immer weiter verfestigten Gefühls, daß dieser Zusammenstoß alle Unterdrückten der Erde betraf.

Denn das, was dort auf dem Spiel stand, war der proletarische Wider- und Volksaufstand gegen den Erhalt der brutalen ausbeuterischen und unterdrückenden Politik des modernen imperialistischen Neoliberalismus - die aktuell existierende Form des Kapitalismus -, die jeder lebende und kämpfende Proletarier am eigenen Leibe spürt, in jedem Teil dieser Erde.

Der Kampf in der Botschaft, obwohl er ein dramatisches Ende genommen hat, bietet allen Proletariern und Revolutionären die Grundlagen zur Reflexion und zu wichtige Lehren in Bezug auf den erreichten Grad der Konfrontation zwischen Revolution und Imperialismus sowohl auf internationalem Niveau als auch über jede Art des Kampfes.

Es fällt sofort auf, wie sich gegen die Genossen in diesem Kampf eine Reaktion von seiten des Imperialismus losgelöst hat, welcher einheitlich koordiniert und entwickelt war mit der technisch-logistischen Unterstützung der US-Satelliten und der englischen Spezialeinheiten und der Yankee SAS und Delta Force, die Koordination der politischen Entscheidung, welche auf höchster Ebene beim Gipfeltreffen der G7+1 in Toronto beschlossen wurde, die um

japanischen Botschaft in Lima, Peru

jeden Preis und mit allen Mitteln jegliche Versuche des Widerstandes und Kampfes gegen den Neoliberalismus zerstören will (gemäß der Abkommen, die auf dem G7 Treffen vor einem Jahr in Lyon zum Thema „Antiterrorismus" erarbeitet wurden), die sofortigen und zufriedenen Glückwünsche des imperialistischen Establishment und seiner ortsansässigen Gemeinschaft zum Blutbad.

Trotz der großen Konkurrenz zwischen den Polen und Staaten der imperialistischen Triade (USA-EU-Japan), des unlösbaren Geflechts seiner Widersprüche, zeigt sich der Imperialismus in dieser Phase geschlossen gegen denjenigen, der sein unbeugsamer Todfeind ist: das internationale Proletariat.

Abgesehen davon, daß die sofortige Abscheu, welche die Fratze des „Chino" vermittelt, während er auf die Körper der in der Botschaft niedergemetzelten Genossen tritt, das Problem liegt nicht in der besonderen Grausamkeit und Roheit von diesem oder jenem Turnus habenden Scharfrichter, sondern in der Eigenschaft der neoliberalen Politik und der notwendigen Mittel, welcher der Imperialismus sich zu greifen bereit ist, um diese Politik zu erzwingen. Die neoliberale Politik des Imperialismus verbreitet sich auf dem Globus und reproduziert universal das Verhältnis von Kapital und Klassenwidersprüchen.

Die Entschlossenheit des Imperialismus und seine Einheit im tödlichen Kampf gegen das internationale Proletariat ist eine Tatsache und eine wichtige Lektion, welche nicht von den Revolutionären vergessen werden darf ... vom Vernichtungskrieg im Irak bis hin zu den Interventionen in Somalia, Ex-Jugoslavien, Albanien.

Außerdem ist Fujimori das „enfant prodigé" des IWF: nichts anderes als die peruanische Maske von Clinton! Und stehen sie nicht sogar alle unter demselben Vorzeichen: das Massaker in der Botschaft und die Millionen von Kindern, die vor Hunger und Krankheit in Südamerika sterben oder die andere Million von Toten von 1990 im Irak auf Grund des US-Alliierten Embargos, die Kontinuität des ersten imperialistischen Krieges nach der Auflösung des „Ostblocks" oder auch die 40 Millionen Tote jährlich aufgrund von Unterernährung und Hungernot ?!

Und letztendlich hätten die Augen eines Albaners oder eines Somali Schwierigkeiten, Prodi von Fujimori und die Farben der italienischen Uniform von einer peruanischen Uniform zu unterscheiden.

Das, was man unbestreitbar daraus folgern kann, ist, daß sich der Einheit des Imperialismus eine Einheit der proletarischen und revolutionären Kräfte auf internationalen Niveau entgegenstellen muß.

Dies noch einfacher gesagt. Man muß über die einfache Solidarität hinausgehen. Man muß eine Einheit über eine einzige Angriffsfront aufbauen: indem man im Klassenkampf zwischen dem internationalen Proletariat und der imperialistischen Bourgeoisie alle Möglichkeiten und Formen für seine Verwirklichung ausbaut.

Denn „es ist nicht möglich, eine neue Welt mit der einzigen Kraft einer Gemeinschaft , einer Nation und eines Volkes zu schaffen. Der Kampf gegen den Neoliberalismus ist international", man darf niemals vergessen, „daß der Kapitalismus ein Blutsauger mit zwei Saugnäpfen ist: eins saugt den städtischen Proletarier ,und der anderen den Proletarier aus den Kolonien aus. Wenn ihr dieses Monster töten wollt, so müßt ihr beide Saugnäpfe zerstören. Wenn ihr nur eins zerstört, wird der andere weiter das Blut des Proletariers saugen, das Tier wird weiter leben."

2. Die Schaffung einer solchen Einheit ist eine Möglichkeit und gleichzeitig eine Notwendigkeit, die einen soliden materiellen Boden im Umbruchsprozeß der heutigen sozialen Verhältnisse im Kapitalismus bietet.

Der Charakter der unmenschlichen Formen von Ausbeutung / Unterdrückung/ Lohnabhängigkeit und von Emigration/ Ausschluß, die der Imperialismus der ganzen Welt auferlegt, begründet sich in der Notwendigkeit, daß der Kapitalismus seiner unwiderruflichen Krise standhalten muß, während er seine Widersprüche auf der gesamten Welt reproduziert und verbreitet.

Krisen und Neoliberalismus sind untrennbar miteinander verbunden und dringen in jeden Teil der Erde und in jede menschliche Beziehung ein. Sie schaffen eine Form von kapitalistischer Zentralisierung/ Konzentration/ Globalisierung, die vorher noch nie erreicht wurde. Und sie bringen an die Grenze des Zusammenbruchs alle anhaftenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionswelt mit der Erhöhung der Ausbeutung, der Unterdrückung und des Ausstoßens, des immer stärkeren Eindringens der multinationalen Konzerne des „Zentrums" in die „Peripherien" die überall dort wo sich die „Rationalität des Mehrwerts" durchgesetzt hat, Subsistenzwirtschaft, Zerstörung, Hungersnot und Barbarei geschaffen haben. Daran gebunden ist für die Bourgeoisie die unaufschiebbare Notwendigkeit einer neuen Zentralisierung-Hierarchisierung der imperialistischen Ordnung auf weltweiter Ebene.

Die Generalisierung des sozialen Verhältnisses von Kapital ist die sofortige Reproduktion und Verallgemeinerung seines historischen Antagonismus - des Proletariats - und des Klassenkampfes, den es unvermeidbar zusammenhält und auflehnt.

All dies hat - auf einer bis dahin nie erreichten Ebene - zu einer Aktualisierung und Verbreitung der Widersprüche geführt, die die Welt der kapitalistischen Produktion global immer wieder vorgibt, und gerade dies gibt sie in materieller und sozialer Verbindung immer stärker an die Proletarier weiter: ihre Kämpfe, ihr Leben und somit ihr unveräußerliches Bedürfnis nach Befreiung in allen Teilen der Erde. Diese Annäherung auf Grund von materieller Not und dieses Beziehungsnetz, das sich immer mehr im weiteren Verlauf des Zusammenpralls und im Aufdecken der Widersprüche verstärkt und verfestigt, ist der genetische Code (und gleichzeitig die materielle Basis) des Prozesses des Wiederaufbaus des Subjekts im Klassenkampf unseres Jahrhunderts: des internationalen Proletariats.

Im großen Feld der Widersprüche, die den kapitalistischen Neoliberalismus und die Teilung in imperialistische Bourgeoisie und internationalem Proletariat charakterisieren, dominiert der Hauptwiderspruch, welcher die Klasseneinteilung an sich ist und deutlich die Punkte des Zusammenstoßes aufzeigt. Das hohe Maß an erreichter Proletarisierung, die Verbreitung der Arbeiterklasse auf der ganzen Welt im Inneren eines einzigen Zyklus der kapitalistischen Produktion, im Inneren der gleichen Ausbeutergesetze und Unterdrückung des Neoliberalismus, der Ware, die oft den selben transnationalen monopolistischen Besitzern gehört (in Italien sowie in Peru als auch in Polen und in Südkorea) - all dies sind Stützpunkte, die es notwendig und möglich machen, die verschiedenen Realitäten und Kampfphasen zu einer einzigen Front zu verbinden, die aus der Isolation befreit und die proletarischen Kräfte vervielfacht, indem sie ihnen Perspektiven und Strategie verleiht.

Dieser Übergang ist wichtig, da die Kämpfe des Proletariats vor der politisch-militärischen

Aktionen zum Jahrestag

Hamburg

Dienstag, 21. April. **Veranstaltung** mit Isaac Velazco, Europavertreter der MRTA. Solidarität mit der MRTA. Uni HH. Pferdestall, T-Stube, Allendeplatz 1, 18.00 Uhr

Mittwoch, 22. April. Goalpe A. Fujimori. **„Fußballspiel vor dem peruanischen Konsulat".** Freiheit für alle politischen Gefangenen. Keine Verlegung der MRTA-Gefangenen nach Challapalca. Sofortige Aufhebung des Redeverbotes für Isaac Velazco. Treffen wir uns am 22.4. um 16.00 Uhr in der Blumenstr.

Mitwoch, 22. April. **Konzert für die politischen Gefangenen in Peru.** Les Robespierres. Veranstalterin: Initiative „Kein Maulkorb für Isaac Velazco!" + Rote Hilfe e.V., Rote Flora, 20.00 Uhr

Berlin

Mittwoch, 22. April. „Ein Jahr nach dem Massaker am Kommando Edgar Sanchez der MRTA - Kein Vergessen - kein Vergeben". **Diskussion mit Isaac Velazco,** MRTA-Europavertreter. Größenwahn, Kinzingstr. 9, HH, unterstützt von: ak-Redaktion, 20.00 Uhr

München

Mittwoch, 28. April. Veranstaltung mit Isaac Velazco. Erfragt Ort und Zeit bitte am Ort.



Macht stattfinden, welche einen einheitlichen Imperialismus und Geschlossenheit aufweist, die im Kampf keine Chance der Vermittlung zuläßt.

Die generalisierte Natur der Klasse, die auf globaler Ebene Proletariat und Bourgeoisie gegenüberstellt, die Selbstverständlichkeit der Widersprüche und die Stärke der kapitalistischen Krise, eliminieren jede Idee von Vermittlung aufgrund des unüberwindbaren Antagonismus der Klassen und schließen jede in Betracht kommende Möglichkeit einer Stabilisierung und eines beinah gewollten „new deal" unter den Klassen aus.

Deshalb konnte das Ergebnis des Kampfes an der Botschaft nicht zu einer nationalen Einigung, zu einer „globalen Lösung der politischen Gewalt, zu einer Möglichkeit des Dialogs und zu einem anhaltenden Friedensabkommen" führen.

Und aus diesem Grund also wird es für alle Proletarier und Revolutionäre wichtig sein, eine eigene Kraft und eine eigene Perspektive auf der Ebene des Klassenkampfes und nicht auf Illusionen aufzubauen. Denn das, was wir erleben ist ein Kampfplan, der sich fortwährend verbreitet und verfestigt. Es ist eine Dimension von Klassenkampf, die wir täglich spüren und die sich bei jedem durchsetzt. Deshalb existiert heute, stärker als früher, für die gesamte Menschheit nur eine einzige mögliche Alternative: entweder Kommunismus oder Barbarei !

3. Die Befreiung der politischen Gefangenen stand nicht durch Zufall im Mittelpunkt der Schlacht in der Botschaft von Peru, denn auch die Gefangenschaft der politischen Gefangenen beinhaltet in sich das Verhältnis von Macht zwischen Imperialismus und Revolution. Wie schon beim 2. Internationalen Kongreß zur Humanität und gegen Neoliberalismus gesagt wurde: „Wir treffen uns mit Zehntausenden von Gefangenen/ von Politikern/ aufgrund der verschiedenen politischen Konflikte auf der ganzen Welt. Ohne die ganzen Opfer der Repression, die Toten, die „Desaparecidos", die Emigrierten zu vergessen. Diese Gefangenen sind wichtige und bedeutungsvolle Personen der verschiedenen Kämpfe.

Die Frage der peruanischen Kriegsgefangenen (die bereits vor geraumer Zeit ein hohes Konfliktpotential verursacht hat: wer kann das Massaker der 300 Kriegsgefangenen aus der Kommunistischen Partei in den Gefängnissen von El Fronton, El Callalo und Lurigancho an 19. Juni des Jahres 1986 vergessen?!) sowie die der baskischen und spanischen Gefangenen, die Kämpfe und die Hungerstreiks der kurdischen und türkischen gefangenen Genossinnen und Genossen, die der palästinensischen, irischen, puertorikanischen Gefangenen ... die ständige Anwesenheit der kommunistischen Revolutionäre in den Gefängnissen der imperialistischen Weststaaten ... zeigen deutlich die Radikalität der Auseinandersetzung über die man auch auf der Ebene der politischen Gefangenschaft nachdenkt.

Und es ist nur in diesem Rahmen der Auseinandersetzung möglich, daß die Forderung nach Freiheit der revolutionären Gefangenen ein politisches und strategisches Gewicht erhält. Möchte man diese Beobachtung, welche immer Gültigkeit hat und im Mittelpunkt steht, mit der „Schließung eines Zyklus" gleichsetzen, bedeutet es, die Worte der „Schweine"/ Feinde zu benutzen. Denn es gibt keine Phase zu beenden, es gibt nur den Klassenkampf, der sich immer wieder erneuert.

Eine neue Perspektive kann sich nur im Fortschritt und durch Ausdauer entwickeln im Bezug zu den Phasen des Kampfes für die Unabhängigkeit des Proletariats und des bis dahin erreichten Machtkampfes.

Die Befreiung der Gefangenen ist kein Tauschmittel und läßt sich auch nicht auf diese oder jene zeitlich limitierte Kampagne reduzieren, sondern sie beginnt genau mit dem Aufbau einer inneren Haltung der Gefangenen zur Dialektik des Klassenkampfes.

Im Bewußtsein, daß der Fortschritt des Klassenkampfes zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie nur weiter leben kann ,wenn eine strategische Einheit auf internationalem Niveau besteht, muß die Mobilisierung und der Kampf der Gefangenen weiter unterstützt und weiterentwickelt werden - indem man eine Einheit und Verbindung auf internationaler Ebene schafft.

So wie es auf der ganzen Welt während der internationalen Kampagne gegen die Hinrichtung von Abu Jamal, der seit Jahren in den „Armen des Todes" in den USA lebt, geschehen ist, der internationalen Solidaritätsinitiativen während des Kampfes in der Botschaft in Lima und wie heute zur internationalen Mobilisierung zur Unterstützung der Kämpfe der kurdischen und türkischen Gefangenen aufgerufen wird, zur Unterstützung der palästinensischen Gefangenen ... Und so gehen aus dieser internationalen Einheit Kämpfe hervor, die die Gefangenen unterstützen und somit eine Art von Anreiz und Antrieb für die Schaffung einer internationalen Einheit des Proletariats hervorbringen.

Und aus dieser Perspektive heraus, aus der die Verteidigung der Identität, der Kampf und die Befreiung der revolutionären Gefangenen sich konkret und ohne unterlaß im Klassenbewußtsein, in den Kämpfen zur Befreiung aller Proletarier manifestiert, kann es nur so eine Perspektive, ein revolutionäres Potential und eine Kraft erhalten.

Dezember 1997

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Einige GenossInnen des Kollektivs der kommunistischen Gefangenen „Wotta Sitta!"

Tschechische Republik

Freiheit für Vaclaz Jez!

Politische Gefangene in der Tschechischen Republik? Seit 1989 ist das hierzulande kein Thema mehr. Dabei zeigt das Beispiel von Vaclav Jez, daß auch dort Linke Repression von Faschisten und Staat zu spüren bekommen. Der Anarchist Jez wurde am 6. Juli 1997 beim Übersprühen von Naziparolen in der mährischen Kleinstadt Blansko von Faschisten überrascht, die ihn sofort angriffen. In Notwehr zückte Jez ein Messer und verletzte einen der Angreifer leicht an der Schulter. An nächsten Tag wurde er unter dem Vorwurf des versuchten Mordes und des unerlaubten Waffenbesitzes festgenommen. Ihm drhen jetzt bis zu 20 Jahren Haft. Vaclav ist als Linker den Behörden schon länger ein Dorn im Auge. Wegen Totalverweigerung wurde er zu 17 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. 1995 wurde er auf der Maidemonstration verhaftet und saß wegen „Herabwürdigung der Polizei" fünf Monate im Gefängnis. Erst nach einer internationalen Protestkampagne wurde er damals aus der Haft entlassen. Jetzt drohen ihm als Mehrfachverurteiltem nach dem tschechischen Gesetz bis zu 25 Jahren Knast.

In Tschechien läuft die Solidarität zögerlich. In Berlin organisierten anarchistische Gruppen am 18.3. eine Protestaktion vor der tschechischen Botschaft. (Peter Nowak)

Briefe an Vaclaf Jez:
Obv, Vaclav Jez, 19.8.1976
Vazebni Veznice OSTRAVA PS 28
70128 Ostrava
Czech republik

Tod eines Gefangenen

In den letzten Jahren gab es in der Val di Susa, einem Tal in Norditalien, immer wieder direkte Aktionen gegen die in Bau befindliche Bahnstrecke für den „TAV" - den Hochgeschwindigkeitszug (sowas wie der ICE - A.d.Ü.). Genaugenommen gab es verschiedene Brandanschläge auf Bohrköpfe für den Tunnelbau, auf Stromverteiler, Signalverstärker der italienischen Telekom und kleinere Anlagen anderer Medien- und Telekomunikations-Gesellschaften die hinter dem Projekt „TAV" stehen.

Diese Bahnstrecke wird gegen den Willen der gesamten Bevölkerung im Tal gebaut, auch lokale PolitikerInnen und die örtliche Bezirksverwaltung sind gegen das Projekt.

Die Anschläge begannen im August 1996 und gingen bis Ende 1997. Drei Genossen sitzen als angebliche Täter dafür im Knast. Einer von ihnen, Genosse Edoardo Massari, hat sich in der Nacht vom 27. zum 28. März das Leben gekommen. Wir dokumentieren dazu eine Erklärung von besetzten Häusern in Turin, aus deren Zusammenhänge die Gefangenen kommen, und den Brief eines der Gefangenen, die der Anschläge auf das Projekt TAV (Hochgeschwindigkeitszug) angeklagt sind wg. „Bewaffnete Bande", „Terroristische Vereinigung", Waffen- bzw. Sprengstoffbesitz und -herstellung.

(Quelle: Solidaritätskomitee Italien, CL-Netz)

Es ist allein eure Schuld

Erklärung zum Tode des Genossen Edoardo Massari

In der Nacht vom 27. zum 28. März hat sich unser Genosse Edoardo Massari im Knast delle Vallette das Leben genommen. Gerade erst gestern hat das Gericht ihm, Sole und Silvano die Freilassung verwehrt. Und das, obwohl das Konstrukt von Anschuldigungen der ROS, DIGOS und Staatsanwaltschaft (in Person von PM Laudi) von Tag zu Tag immer mehr zerbröckelt ist und obwohl es noch keine Ergebnisse von der Untersuchung des „tödlichen" bengalischen Feuers gibt, das sie als „pipebomb" bezeichnen.

Die Absicht der Bullen und der Staatsanwaltschaft ist klar: Sie wollen zwei Jahre ergebnisloser Ermittlungen gegen den direktesten Widerstand gegen das Projekt des Hochgeschwindigkeitszuges entschuldigen.

Für die Institutionen und die ökonomischen Lobbys ist es gefährlich, zugeben zu müssen, daß es gegen ihr Projekt der Hochgeschwindigkeit einen radikalen und unter den BewohnerInnen der Val di Susa verbreiteten Widerstand gibt, welche die ersten sein werden, die die ökologischen und ökonomischen Folgen zu spüren bekommen werden.

Dann ist es doch besser, nach den gewohnten Methoden der Ermittlung zu greifen: Die eigenen Akten noch mal durchwühlen, um die angeblichen SaboteurInnen zu finden, und zwar unter denen, die bereits beschlossen haben, gegen diesen Staat zu handeln.

Dank der Zusammenarbeit der Medien, Zeitungen und TV, die bereit sind in Einklang mit der Staatsanwaltschaft die einfache Gleichung ANARCHISTINNEN = BOMBEN zu rufen, ist der Fall der ÖkoterroristInnen gut und fertig. (...)

Wir haben diese Meldung niemals schreiben wollen. Von jetzt an wird das Leben dieser toten Stadt nicht mehr so sein wie früher, und es ist einzig und alleine eure Schuld.



Nach dem Tod des Genossen im Gefängnis haben am 2.4. rund 5.000 Jugendliche in der Innenstadt von Turin demonstriert. Sie warfen Scheiben eines Justizgebäudes ein, zündeten Feuerwerkskörper und bewarfen Polizeifahrzeuge mit Farbbeuteln. In Sprechchören wandten sie sich vor allem gegen das Privateigentum und das Projekt des Baus einer Bahnstrecke für Hochgeschwindigkeitszüge. (Nach jungeWelt vom 6.4.)

Brief von Sole

GenossInnen

Wut beherrscht mich in diesem Moment. Ich habe immer gedacht, das jedeR für die eigenen Taten verantwortlich ist, aber dieses Mal gibt es Schuldige, und ich will sie laut beim Namen nennen, diejenigen, die Edo umgebracht haben: der Staat, die Richter, die Staatsanwälte, der Journalismus, der T.A.V., die Polizei, der Knast, alle Gesetze, Regeln und die ganze Sklavengesellschaft, die dieses System akzeptiert.

Wir haben immer gegen diese Herrschaft gekämpf, und sind deshalb im Knast gelandet.

Der Knast ist ein Ort der physischen und psychischen Folter, hier hat mensch absolut nichts zur Verfügung, mensch kann nicht über den Zeitpunkt des Aufstehens selbst entscheiden, über das Essen, mit wem reden, wen treffen, zu welcher Zeit die Sonne sehen. Für alles bedarf es einer „Anfrage", auch um ein Buch zu lesen.

Schlüsselgeklimper, Schlösser die sich öffnen und schließen, Stimmen die nichts sagen, die in diesen kalten Gängen hallen, Schuhe aus Gummi, um keine Geräusche zu machen und um in den unbedachtesten Momenten beobachtet zu werden, das Licht einer Taschenlampe, das des Nachts Deinen Schlaf kontrolliert, durchgesehene Post, verbotene Wörter.

Alles ein Chaos, alles eine Hölle, alles der Tod.

So bringen sie Dich jeden Tag um, langsam aber sicher lassen sie Dich mehr Schmerz fühlen - Edo dagegen wollte sofort mit diesen Höllenqualen Schluß machen. Wenigstens er hat es sich erlaubt, eine letzte Geste der geringen Freiheit zu machen, selbst zu entscheiden wann Schluß sein muß mit dieser Folter.

Währenddessen bestrafen sie mich und stecken mich in Isohaft, was nicht nur bedeutet niemanden zu sehen, sondern auch über nichts informiert zu werden, nicht einmal eine Decke zu haben, sie haben Angst ich würde mich umbringen, ihnen zufolge ist meine Isolierung eine Vorsichtsmaßnahme, sie machen es um mich zu „beschützen" und um die Verantwortung von sich weisen zu können, wenn auch ich mich entscheide diese Folter zu beenden.

Sie lassen mich nicht in Ruhe weinen, sie lassen mich nicht ein letztes Treffen mit meinem Baleno haben.

24 Stunden am Tag habe ich einen Schließer keine 5 Meter von mir entfernt.

Nach dem was passiert ist, sind die Politiker der Grünen gekommen um mir ihr Beileid auszusprechen, und um mich zu beruhigen, ist ihnen nichts Besseres eingefallen, als mir zu sagen: „Jetzt wird sich alles sicherlich viel schneller auflösen, nach dem, was geschehen ist, werden alle mit mehr Aufmerksamkeit den Prozeß verfolgen, vielleicht bekommst Du sogar bald Hausarrest". (Hausarrest ist in Italien eine Zwischenstufe zwischen regelmäßiger Meldepflicht bei der nächsten Bullenwache und geschlossenem Strafvollzug - A.d.Ü.)

Nach diesem Diskurs war ich wortlos, verwundert, dennoch konnte ich antworten, ob es den Tod einer Person braucht um ein Stück Scheiße zu bewegen, in diesem Fall den Richter. (...) Ich werde mir die Kraft irgendwo suchen, ich weiß es nicht, ehrlich gesagt habe ich keine Lust mehr, aber ich muß weiter machen, ich mache es für meine Würde und in Edos Namen. Das einzige, was mich beruhigt, ist zu wissen, daß Edo nicht mehr leidet.

Ich protestiere, mit viel Wut und Schmerz.

Sole

(...)

Heute bin ich in den Hungerstreik getreten, ich fordere meine Freiheit und die Zerstörung der ganzen Knastinstitution.

Die Verurteilung werde ich an allen Tagen meines Lebens abbezahlen.

Eine Internationalistin aus Hamburg vor dem Militärgericht in Van

Prozeßerklärung von Eva Juhnke

Wie berichtet, ist Eva Juhnke seit Ende Oktober '97 in Mus im türkisch besetzten Teil Kurdistans inhaftiert. Im Gefängnis von Mus befinden sich die politischen Gefangenen seit Anfang März im befristeten Hungerstreik. Eva beteiligt sich seit dem 10. März. Da sie sich seit 5 Wochen in Isolationshaft befindet, erfuhr sie von dem Hungerstreik erst aus der Zeitung. Ihr gesundheitlicher Zustand ist sehr bedenklich. Die Isolation wirkt dabei absolut verschärfend. Hier ihre Prozeßerklärung:

Am 5. oder 6. Oktober 1997 fiel ich im Zuge der sogenannten „Safak"-Operation in die Hand türkischer Sicherheitskräfte. Ich werde mich hier nicht lang und breit darüber auslassen, wie die folgenden drei Wochen vergingen, bis man mich vors DGM brachte, das mich in die Haft entließ. Ich weiß noch sehr genau, wie ich das erste Mal vor Gericht stand, von dem einzigen Gedanken beseelt: Raus aus dem Verhör und rein in die Zelle. Alles weitere war mir zu dem Zeitpunkt ziemlich egal. Drei Wochen lagen hinter mir, drei Wochen, die damit begannen, daß während des Verhörs ein im Raum mit „keiner Aufgabe" betrauter Soldat aufsprang und sich fluchend auf mich warf und man mir, über meine Situation aufklärend, sagte: „Sieh, niemand weiß, daß du in unserer Hand bist, als du verhaftet wurdest, warst du allein. Wenn wir dich also in einen Hubschrauber setzen und dich hinausstoßen, wer wird da schon Fragen stellen? Es liegt an dir, gestehe, oder du fällst." Ein Soldat, der die Übersetzung machte, fügte dann noch hinzu: „Sei nicht stur, hier ist nicht Deutschland, sondern die Türkei." Schließlich eröffnete man mir, daß, wenn ich nicht mit ihnen spräche, sie mich eben anderen überlassen müßten, und die wüßten dann schon andere Mittel und Wege. So fesselten sie mir die Hände, verbanden mir die Augen, und ich saß da und wartete auf das, was da wohl kommen würde. Es kamen dann welche in den Raum, nahmen mich und brachten mich nach draußen, wo sie mich in ein wartendes Auto warfen. Nachdem sie eine Runde mit dem Auto gedreht hatten, brachten sie mich zurück zu dem Haus und brachten mich dort in eine Zelle. Sie stellten mich dort in deren Mitte und verließen mich unter dem Hinweis, daß es mir verboten sei, mich zu setzen oder meine Stellung zu verändern. Sie postierten noch einen Wächter, der das kontrollieren sollte, und verließen mich. So stand ich in der Zelle mit verbundenen Augen und gefesselten Händen. Nachdem sie dann noch mehrmals kamen, ließen sie mich bis zum Morgen, an dem sie das Verhör fortsetzten, in Ruhe. Einen Tag später ging es dann zum versprochenen Hubschrauber. Die Augen verbunden, die Hände gefesselt, hörte ich nur: „Schmeißt sie raus." Nun, der Weg war sehr lang, bis ich dann wieder festen Boden unter den Füßen hatte. Dort leiteten dann Zivile das Verhör. Zwei Wochen blieb ich dort. In einer Zelle 2m mal 3m, ohne Fenster oder Toilette. Tag und Nacht brannte das Licht. Wenn die Wächter mir das Essen brachten, mußte ich mich zur Wand drehen, damit ich sie nicht sehen konnte. Zum Verhör wurden mir die Augen verbunden. Es waren zwei Wochen, die ich größtenteils damit verbrachte, die Wand anzusehen. Nach Ablauf der zwei Wochen riefen sie mich, stellten wütend fest, daß ich zur Zusammenarbeit nicht willig war. Bevor sie mich entließen, verlangten sie noch eine Unterschrift, die ich, da meine Augen verbunden waren, nicht leistete. Erneutes Geschrei, doch was nützte es, und so brachte man mich erneut zum Hubschrauber. Bei meiner Ankunft in Hakkari wurde ich dann zumindest die Augenbinde los. Man brachte mich auch wieder zur ärztlichen Kontrolle, der vierten seit meiner Verhaftung. Und was nicht freiwillig ging, wurde eben erzwungen. Sie glaubten sich wohl im Recht. Danach wieder Verhör. Ich war fertig und schwieg. Sie schrieben dann irgendwas an Hand der Akte. Am nächsten Tag ging es dann noch einmal zur ärztlichen Kontrolle und dann nach Van vors DGM. Das vorangegangene erwähne ich nur, um sich ein wenig ein Bild von der generellen Situation machen zu können.

Ich habe lange überlegt, ob ich eine Aussage vor Gericht mache oder nicht. Eine Aussage bedeutet ja vor allem, daß ich sie anerkenne, das heißt ihre Funktion, ihre Befugnisse akzeptiere. Das tue ich nicht. Auch werde ich keine persönliche Verteidigung führen; da ich nicht schuldig bin, besteht auch keine Notwendigkeit einer Verteidigung. Trotzdem habe ich mich entschlossen, eine Erklärung abzugeben. Ich denke, zur Aufhellung der wichtigsten Fragen ist ein kurzer Blick in die Geschichte das Sinnvollste, allerdings werde ich ihn sehr kurz halten, nur zum besseren Verständnis der Zusammenhänge.

Die Geschichte der Türkei, bzw. des Osmanischen Reiches, ist in den letzten 150 Jahren untrennbar mit der Geschichte Deutschlands verbunden. Als die deutschen Fürstentümer sich zu einem Staatenbund ordneten, mußten sie feststellen, daß sie jetzt zwar geeint waren, daß die Welt aber im großen und ganzen verteilt war. Daß sie etwas spät gekommen und so ziemlich alles sich in der Hand ihrer starken Nachbarn Frankreich, Spanien, Großbritannien und dem zaristischen Rußland befand. Da Deutschland selbst klein war und nicht viel an eigenen Rohstoffen und Märkten vorzuweisen hatte, wie sollte es da die Anforderungen, die die Enwicklung des Kapitalismus mit sich brachte, beantworten? Es sah sich also nach einem geeigneten Ziel um. Es traf sich gut, daß etwa um die gleiche Zeit das Osmanische Reich, groß, aber an seiner Größe schwer tragend, zu einigen Modernisierungen gezwungen, sich nach einem geeigneten Partner umsah. Nicht gerade nach einem starken Partner, der die Gefahr bot, daß man in seine Hand fiel, und so fiel sein Blick auf Deutschland. Man kann sagen, es war im gegenseitigen Interesse. Das war so, bis Deutschland den Auftrag für den Bau der Berlin Bagdad Bahn erhielt. Von da an war Deutschland seine Probleme los. Es hatte mit dem Bauauftrag Rechte aller Art gewonnen. Seine Industrie hatte einen Markt, Rohstoffe; die Banken blühten auf. Das Osmanische Reich wurde mit Rüstungsprodukten aus Deutschland beliefert. Und als letztes kam dann noch ein Vertrag, der im Kriegsfalle die gegenseitige Unterstützung zusicherte. Und so wollte Deutschland das, was ihm seiner Meinung nach zustand, beanspruchen. Die Welt bedurfte einer Neuordnung. Der erste und zweite Weltverteilungskrieg waren Produkt dieses Strebens. Wenn Deutschland auch nicht ganz so daraus hervorkam, wie es sich das eigentlich vorgestellt hatte, so wurde doch die Welt gründlich neugeordnet. Das zaristische Rußland war nicht mehr zaristisch, das Osmanische Reich kein Reich mehr. Und Kurdistan viergeteilt. Nachdem sich Deutschland von den Folgen seines Handelns erholt, seinen Platz in einem der sich gebildeten Blöcke eingenommen hatte, konnte es sich dann auch wieder mit seinem alten Partner befassen. Doch die Machtverhältnisse in der Welt hatten sich verändert, der Kapitalismus hatte sich entwickelt. Demgegenüber war in der Türkei einiges, was der neuen Situation anzupassen galt. Da solche Anpassungsphasen nicht gerade leicht zu tragen sind, war das beste Mittel solcher Phasen der Militärputsch. Dreimal putschte das Militär und hat dennoch nichts erreicht. Die Opfer waren groß, doch der Nutzen gering. Und die Welt hat sich erneut verändert, der kalte Krieg ist vorbei. In der Geschichte hat sich eins jedoch nie verändert: Deutschlands Konzerne und damit die politische Führung war immer bereit, jegliches Massaker als notwendiges oder zumindestens unumgängliches Übel anzusehen, das man stillschweigend akzeptierte, wenn nötig sogar in gewissem Rahmen unterstützte, solange es nicht zur Gefahr der eigenen wirtschaftlichen Interessen wurde. So konnte ein Moltke, der den Auftrag hatte, die Armee des Osmanischen Reiches neu zu ordnen, zwar bedauernd in seinen Briefen von

Massakern an Kurden berichten, aber irgendwelchen konkreten Schritte folgten nicht. Und als der Völkermord an den Armeniern folgte, war das zwar auch nicht schön, aber da waren wieder die Interessen und die Notwendigkeit des Krieges, die stärker wogen. Und daran hat sich heute nicht viel geändert. So waren es chemische Waffen aus deutscher Technik, die 1988 1000en Kurden der Stadt Halabja das Leben und die Gesundheit kostete. Kein Wort des Bedauerns, kein Versuch, das nicht Wiedergutzumachende wiedergutzumachen. Und dann Anfang 90er die Bilder der deutschen Panzer, die in Cizre und Umgebung das Volk niederwalzten. Das Bild eines an die Rückfront eines deutschen Panzers Gebundenen, den man zu Tode geschleift hatte.

Doch zurück zur Geschichte. Nach dem ersten Weltverteilungskrieg wurde die Welt nach den Interessen der imperialistischen Großmächte neu geordnet. Kurdistan wurde dabei viergeteilt. Der Nordwesten fiel unter die Kontrolle des türkischen Regimes, das schon wenig später mit der Niederschlagung jeglichen nationalen Ausdrucks des kurdischen Volkes begann. Dabei wurde wohl einer der barbarischsten Genozide, mit denen ein Volk je konfrontiert war, angewandt. Nicht daß man sich damit begnügte, das Volk zu massakrieren, nein, dieser Genozid sollte nicht einmal den Namen seines Opfers tragen. Begriffe wie Kurdistan und Kurde wurden aus den Landkarten gestrichen, aus der Geschichte, aus dem Sprachgebrauch entfernt. Das Volk der Kurden wurde zu „Bergtürken" erklärt. Dörfer und Städte erhielten türkische Namen. Das kurdische Volk sollte nicht nur aufhören zu existieren, nein es sollte so scheinen, als habe es nie existiert. Nach dem Massaker in Dersim breitete sich dann lange Friedhofsruhe im Lande aus. Ja bis ... bis sich in den 70er Jahren die ersten Kader der PKK bildeten. Obwohl sie sehr wohl unter dem Eindruck vorangegangener nationaler Befreiungskämpfe und sozialer Bewegungen entstanden, kopierten sie diese nicht, sondern entwickelten einen eigenen Charakter und eigene Strategie nach den Bedürfnissen und Realitäten, wie sie in Kurdistan herrschen. Sie sahen Kurdistan als einheitliche Nation unter dem Joch kolonialisierender Länder, überwanden somit die Teilung, unter der Kurdistan stand. Sie wandten sich radikal gegen jede Form rückschrittlicher Gesellschaftsverhältnisse und traten entschieden gegen die traditionelle Herrschaft in Kurdistan an, die als Handlanger des Kolonialregimes dechiffriert wurde. Die Führung dieser Bewegung war nicht in der Hand traditioneller Kräfte, sondern in der Person des Genossen Abdullah Öcalan in der Hand der Schichten des Volkes. Von Anbeginn stand die Bewegung in engem Kontakt zum Volk, ja war Teil dieses, auf nichts anderes bauend als auf die eigene Kraft.

Schon früh erkannten die feindlichen Kräfte die neue Qualität dieser Bewegung und reagierten mit Provokationen aller Art. So wurde im Mai 1977 der Genosse Haki Karer ermordet. Doch statt sich auf die Provokation einzulassen, verwandelte sie den Angriff der feindlichen Kräfte in einen organisatorischen Sieg ihrerseits. Es folgte die Gründung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), als Partei mit Programm und Statut. Die Aktivitäten der PKK bewegten sich nicht in engen Zirkeln um ein Parteiorgan oder in abgeschlossenen Büros, sondern immer in den Reihen des Volkes selbst. Als sich dann 1979 der Militärputsch abzuzeichnen begann - in Kurdistan war der Kriegszustand vor dem eigentlichen Militärputsch ausgerufen worden -, bereitete die PKK rechtzeitig den taktischen Rückzug vor. Durch diese weitsichtige Herangehensweise sicherte sie die Kräfte für eine Fortsetzung der Bewegung.

Im Zuge des Militärputsches fielen dann Tausende Patrioten, Sympathisanten und auch Kader in die Hand des faschistischen Regimes, wo sie in den Gefängnissen grausamster Foltermethoden unterzogen wurden. Das faschistische Militärregime glaubte, so die beginnende Bewegung - der Kader in den Gefängnissen oder in der Ferne des Exils - im Keime erstickt zu haben. Doch der sich ausbreitenden Kapitulation traten die Kader der PKK mit einem entschiedenen Widerstand entgegen. Das Signal für diesen Widerstand setzte der Genosse Mazlum Dogan, der am Tag des Newroz 1982 den Märtyrertod fand. Aber der Widerstand lebte und fand noch im selben Jahr in dem Hungerstreik im Herbst seinen Ausdruck. Die Gefängnisse wurden zu Burgen des Widerstandes. Eines Widerstandes, der weit über die Grenzen Kurdistans hinaus seinen Widerhall fand.

Zwei Jahre später begann dann der bewaffnete Kampf. Seitdem hat der nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes eine rasche Entwicklung durchlebt. Und durch die Volksaufstände in den Jahren 1990-1992 seine breite Basis unter Beweis gestellt.

Und dann 1993 der erste offiziell anerkannte Kurde im türkischen Herrschaftsbereich, oder besser gesagt die erste Kurdin - Özals Großmutter. Die PKK rief die einseitige Waffenruhe aus, und die Welt hielt den Atem an ob der Dinge, die sich entwickeln könnten...

Nun, Özal segnete für alle plötzlich und unerwartet das Zeitliche, und seine Nachfolger schlugen die Chance aus, etwas wirklich Großes zu leisten, etwas Großes nicht nur für Kurdistan, sondern vor allem für die Türkei. Sie verließen sich lieber auf die althergebrachten, aber völlig unbrauchbaren Methoden von Antipropaganda, Assimilation, Vertreibung, Massakern und der Vollstreckung von Hinrichtungen ohne Todesurteil, der unzählige Journalisten, Politiker, Menschenrechtler, Gewerkschaftler usw. zum Opfer fielen. Und wenn heute Özals Großmutter die stolze Zahl von 15 Millionen Nachfahren vorzuweisen hat, so verdanken wir das nicht dem Fleiß der Großmutter (übrigens bezieht sich das auch auf ihre eigene Existenz), sondern ist das das Ergebnis des unermüdlichen Kampfes der PKK, des unbeugsamen Widerstandes und der großen Opfer des kurdischen Volkes. Eines Volkes, das sich seinem vermeintlichen Schicksal nicht ergab, sondern selbstbewußt sein Schicksal in die Hand nahm.

Die PKK ist eine revolutionäre nationale Befreiungsbewegung, aber keine Nationalisten. Keine Nationalisten mit Parolen wie Der Arier ist alles, Der Türke ist alles und noch mehr und Der Kurde ist alles. Nein, dazu war der Arier nicht geeignet, noch der Türke und schon gar nicht der Kurde. Wir sind keine Faschisten. Der Mensch ist alles. Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern. Sie verlaufen zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern; denen, die sich in unglaublicher Weise alles das aneignen, was doch allen gehört. Der Kampf der PKK dient dem kurdischen und dem türkischen Volk und würde die Entwicklung eines dauerhaften Friedens im Nahen Osten ermöglichen. Ein Frieden ist aber nur auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung und Achtung möglich. Kurz, die PKK

teilt nicht, sie verbindet. Ich sage offen, das kurdische Volk ist nicht alles, aber ohne die Anerkennung der legitimen Rechte des kurdischen Volkes ist alles nichts. Die Lage, wie sie sich heute im Nahen Osten, speziell auch der Türkei zeigt, beweist das nur all zu deutlich.

Man muß realistisch sein, in einer Welt, die auf dem Prinzip von Nationalstaaten beruht, ist für ein Volk ohne Ausweis kein Platz und kein Recht. Aber einem Volk, das aufsteht und seine legitimen Rechte verlangt, die Rechte, die ihm wie jedem anderen Volk zustehen, muß man diese Rechte zugestehen. Ob und wie dieses Volk letztendlich diese Rechte nutzt, ist dann die Entscheidung des Volkes selbst. Sie müssen diese Rechte dem kurdischen Volk zugestehen, nicht nur wegen des kurdischen Volkes, sondern vor allem ihrer selbst willen. Denn eines sollte klar sein: Die Türkei wird keines ihrer heutigen bedrohlichen Probleme lösen, ohne die Lösung des kurdischen Problems auf allen Ebenen. Und mit jedem Tag, den die Türkei ihre bis heute verfolgte Politik fortsetzt, wird sie den Preis, den sie dafür bezahlt, nur unnötig in die Höhe treiben. Der Kampf bedeutet für das kurdische Volk die Existenz. Aber die Fortsetzung des Krieges bedeutet für die Türkei das Ende.

Und so bin ich im Verlauf dieses Krieges in die Hand des Feindes gefallen. Ich stehe hier als Kriegsgefangene. Mein persönliches Schicksal hängt, wie das Schicksal jedes Kriegsgefangenen, vom Verlauf des Krieges ab und von nichts anderem. Ich teile mein Schicksal mit dem Schicksal des ganzen kurdischen Volkes, dessen Hoffnung, der Kampf um Selbstbestimmung und soziale Veränderung unter Führung der Arbeiterpartei Kurdistans ist.

Alle Völker sind Brüder
Hoch die Internationale Solidarität
Es lebe der Nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes

Und so bleibt mir nur zum Schluß
Dem kurdischen Volk innerhalb und außerhalb des Landes, seinen Institutionen
Den Genossen in den Bergen und den Gefängnissen Allen Sympathisanten, den Freunden in aller Welt und
Dem Genossen Vorsitzenden Abdullah Öcalan anläßlich des Newrozfestes meine hochachtungsvollsten und revolutionären Grüße auszurichten. März 1998.

Zur weiteren Arbeit zum Prozeß sind wir dringend auf Spenden angewiesen: Bankverbindung: pwi, Stichwort EVA, Volksbank Göttingen, Konto-Nr.: 1010 21 200, BLZ: 260 900 50
(Informationsstelle Kurdistan e.V., Köln)

Mumia Abu-Jamal schloß sich Hungerstreik an im SCI Green an

Protest gegen Haftbedingungen in den Todeszellen

Obwohl (bzw. weil) mehrere Todeszelleninsassen - darunter auch Mumia Abu-Jamal - in Pennsylvania erfolgreich vor Gericht für bessere Haftbedingungen prozessierten, wurden am 5. März die Bedingungen radikal verschlechtert. In einem crackdown wurden alle persönlichen Sachen wie Uhren, Fotos, Bücher, Stifte, Kleidung aus den Zellen entfernt, die Gefangenen dürfen nur einen Teil der Sachen behalten, die in einen Schuhkarton passen. Für das Verschicken der übrigen Sachen mußten die Gefangenen aufkommen, sonst wurden die persönlichen Dinge zerstört. Sie dürfen keine eigene Kleidung mehr tragen, sondern die einzig erlaubte Kleidung ist ein schwarz-weiß gestreifter Overall.

Die Besuchszeiten wurden von zwei Stunden auf eine Stunde reduziert und an Wochenenden und Feiertagen finden keine Besuche mehr statt. Das ist eine große Einschränkung, da fast alle Gefangene aus Philadelphia sind und Angehörige und Freunde müssen für eine Stunde Besuch sechs Stunden Fahrzeit (eine Strecke) in Kauf nehmen. Telefongespräche sind nur noch für 15 Minuten pro Woche erlaubt. Essen darf nicht mehr in der Zelle aufbewahrt werden und die Gefangenen dürfen kein Essen mehr einkaufen. Das ist besonders gravierend für Diabetiker und Vegetarier. Die Begründung, die die Gefängnisbehörde für die Änderung der Haftbedingungen gibt, ist die Vereinheitlichung der Todeszellenbedingungen im Staat Pennsylvania. 111 Gefangene sitzen in den Todeszellen des SCI Greene, davon sind 25 - 33 im Hungerstreik, um gegen die Haftbedingungen zu protestieren. Mumia hat sich dem Hungerstreik am 16. März angeschlossen:

„Ich habe mich dem Hungerstreik aus Sympathie für die Männer, die ihn begonnen haben, angeschlossen. Die Zahl der hungerstreikenden Männer ist so groß - 25 bis 33 Menschen - und das Opfer ist so groß, da konnte ich nicht zusehen. Unser Ziel ist der direkte Zugang zu unseren Rechtsunterlagen, weil die Todeszelle eine Frage von Leben und Tod ist."

Mumia Soligruppe c/o ARI, Yorckstr. 59, 10965 Berlin

Der leicht gekürzte Text ist vom 18.3. Inzwischen ist der Hungerstreik, nach 14 Tagen, beendet worden. Die Gefangenen erreichten, daß einzelne Maßnahmen zurückgenommen wurden: z.B. die Verpflichtung, die schwarz-weiß-gestreifte Knastkleidung zu tragen und die Einschränkung der Besuchszeiten.

Die VVN-BdA Baden-Württenberg hat Mumia Abu-Jamal zu seinem 45. Geburtstag zum Ehrenmitglied ernannt.

Mumia Abu Jamal: Martin Luther King

Jedes Gedenken an Martin Luther King wäre unvollständig, ohne sich auf die eindringliche, unbarmherzige Kampagne zu besinnen, die gegen ihn von der US-Regierung durch ihre Agenturen wie das FBI gerichtet war: Es ging darum, seinen Einfluß abzuschwächen und seine Wirkungskraft zu zerstören.

Indem es sich auf sogenannte „vertrauliche Quellen" stützte, führte Hoover's FBI eine häßliche und brutale Überwachungs- und Desinformationskampagne gegen King und seine nahen Mitarbeiter durch. Persönlicher Haß und die politische Bemühung, die weiße Vorherrschaft zu schützen, ergossen mit stillschweigender Duldung durch das Weiße Haus von Washington in den Süden der USA. Es wurden Telefone abgehört und Hotelzimmer. Die Aufnahmen wurden an Regierungsvertreter und die politischen Gegner Kings weitergegeben.

Ein Bericht vom 9. Mai 1966 zeigt detailliert das skandalöse Vorgehen der US-Regierung gegen King. Es handelt sich um ein Interview zum Thema des Verhältnisses der Kirche zu Sexualfragen, das King dem Moderator der Fernsehgesellschaft NBC im April gegeben hat. An das Ende der Seite hat der frühere FBI-Direktor J. Edgar Hoover gekritzelt: „Das ist eindeutig ekelerregend und stammt von einem Entarteten wie King." Ist es Aufgabe der Regierung, die sittliche Gesinnung von Predigern zu bestimmen? Kann eine Regierung noch heuchlerischer Auftreten als in diesem Falle einer Behauptung, die von einem Mann stammt, der insgeheim Perücken und Frauenkleidung getragen hat und sich den Spitznamen „Mary" zugelegt hat, wie Biographen mitteilen?

Die Regierung rechtfertigte ihre skrupellose und gewissenlose Überwachung von Dr. King mit der Behauptung, er wäre „durch die Kommunisten hereingelegt worden". Als ob ein schwarzer Mann in dieser rassistischen Nation „Kommunisten" nötig hätte, um herauszufinden, daß das System darauf ausgerichtet ist, ihn und seinesgleichen zu zerstören. *(aus: junge Welt)*

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 05 02 05, 65929 Frankfurt / M. Erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V. i. S. d. P.: Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift und Bestellungen**: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel.: (040)43 18 88 20, Fax: (040)43 18 88 21. Einzelpreis: 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM, ein Halbjahresförderabonnement 30,00 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. – **Herstellung und Drucklegung**: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt**: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen**: Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 5454194. ***Redaktionsschluß für Nr.207: So, 11.5.98***